

Chancen für den Ruck durchs Land

Es gibt nur wenige Länder, die je Einwohner über ein höheres Einkommen verfügen, weniger verschuldet sind und bessere Beschäftigungschancen haben als Baden-Württemberg. Und seine Wirtschaft hat an Stärke wiedergewonnen. Der Export boomt, und seit Monaten sind neben den Nobelmarken Mercedes, Porsche und Audi auch im Inland wieder Investitionsgüter gefragt. Die Paradebranchen stehen im besten Licht, und mit Rückkehr des wirtschaftlichen Erfolgs verstummt die Kritik an der hiesigen Wirtschaftsstruktur. Der konjunkturelle Aufschwung schlägt sich 1997 – in einem seit Jahren vermißten – stärkeren Wachstum nieder, und die Aussichten sind für 1998 noch günstiger. Geht es dem Land wieder gut und keiner merkt es?

Was für Baden-Württemberg im ganzen gilt, braucht nicht für alle Bürger gleichermaßen zu gelten. Während sich die Wirtschaft seit der Rezession nicht dynamisch, aber doch markant weiterentwickelt hat, blieben die Arbeitseinkommen nicht nur hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, sondern sind an Kaufkraft sogar auf das Niveau der späten 80er Jahre zurückgefallen. In dessen: Nicht jeder Bezieher von Erwerbseinkommen „stellt sich schlechter“, nicht die Angehörigen der Erbengeneration und die Inhaber größerer Vermögen, deren Zahl in den letzten Jahren zugenommen hat, und nicht jene, die in den letzten fünf Jahren erstmals Erwerbseinkommen bezogen haben. Trotzdem gibt es Gründe, welche die Stimmung im Land drücken.

Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung ist von Einkommenseinbußen stärker betroffen und sieht sich vom ökonomischen Fortschritt abgekoppelt, vor allem dann, wenn langgehegte Hoffnungen aufgegeben oder Lebensentwürfe gänzlich umgeschrieben werden müssen. Stärker noch als bei Beziehern von Erwerbseinkommen ist das bei Langzeitarbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen der Fall, deren Zahl stark zugenommen hat. Die Tatsache, daß sie zumeist durch den Verlust des Arbeitsplatzes in diese Lage gekommen sind, zeigt, wie wichtig es ist, Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Mehr noch als reale Einschränkungen des Konsums spielte 1997 die Sorge um die soziale Sicherheit eine Rolle. Mit dem Fortgang des Stellenabbaus entgehen den gesetzlichen Renten- und Krankenkassen Einnahmen, auf die sie angewiesen sind, um den gewohnten Leistungsumfang aufrechtzuerhalten. Angesichts der bekannten Friktionen, die mit der Alterung der Bevölkerung zusammenhängen, hat dies die Einschätzung der Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme nicht gefördert. Hinzu kommt, daß inzwischen ein Drittel des Bruttosozialprodukts für öffentlich organisierte soziale Aufgaben verwendet wird und die öffentlichen Hände wegen der erreichten Schuldenhöhe für kurzfristige Aktionen gebunden sind. Weil sie – wie 1997 geschehen – ihre Haushaltsplanungen wegen hoher Steuerausfälle nach unten korrigieren müssen, bleibt nur wenig Raum für Zukunftsvorsorge, die heute dringender ist denn je. In solchen Zeiten zeigt sich, wie wichtig die caritativen Einrichtungen der Kirchen, Gewerkschaften und anderer Gruppen für den Zusammenhalt der Gesellschaft sind. Steuerausfälle und Austritte haben es den Kirchen schwermgemacht, den gewohnten Leistungsumfang zu

erhalten. Dabei ist mehr soziales Engagement gefragt und nicht weniger. Hauptgrund dafür liegt in der zunehmenden Vereinzelung, die mehr Solidarität verlangt. Zwar scheint die Familie als der natürliche Hort für Kinder im Verständnis der Bevölkerung fest verankert, mit zunehmendem Alter der Bevölkerung, höherer Mobilität und längerer Ausbildung schrumpft allerdings die Dauer der Familienphase. Schon heute lebt in den großen Städten jeder zweite Einwohner alleine und ist deshalb in besonderen Lebenslagen mehr auf familienfremde Hilfe angewiesen als früher.

Von daher ist es umso wichtiger, daß sich wesentliche Voraussetzungen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes im neuen Jahr deutlich besser darstellen als vor Jahresfrist. Die Konjunktur in den europäischen Partnerländern zeigt sich wesentlich robuster, die nachteiligen Wechselkursverzerrungen haben sich zurückgebildet, und die Industrie vor allem im Südwesten Deutschlands hat – nicht nur preislich – an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen – alles Chancen, deren Fehlen bisher wesentlich zum schleppenden Verlauf der konjunkturellen Entwicklung beigetragen haben. Mit Überwindung der Investitionsschwäche im Inland kommt nach der Exportwirtschaft auch das zweite Standbein der Südwestindustrie besser ins Spiel. Nachdem in den Vorjahren die schwache Binnenkonjunktur wenig Anlaß gab, das Produktionskapital aufzustocken, hat sich dies mit anhaltendem Exportboom inzwischen geändert.

Auch die Anpassung im Baugewerbe nähert sich allmählich dem Ende. Nachdem die Ende der 80er und anfangs der 90er Jahre aus dem Ausland und den ehemals deutschen Ostgebieten zugewanderte Bevölkerung weitgehend integriert ist und Förderungsprogramme für den Mietwohnungsbau ausgelaufen sind, haben die in den letzten drei Jahren merklich zurückgefahrenen Baukapazitäten wieder ihr Normalniveau annähernd erreicht. Eine leichte Korrektur nach unten, wie sie wegen der Einkommensschwäche auch 1998 zu erwarten ist, wird somit die wirtschaftliche Entwicklung weniger belasten als in den Vorjahren. Damit ergeben sich erstmals seit Jahren wieder Chancen für eine Trendwende bei der Beschäftigung, eine Aufhellung am Arbeitsmarkt und eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme.

Leichte Bevölkerungszunahme

Ähnlich wie in den Jahren seit 1994 stieg im ersten Halbjahr 1997 die Bevölkerung nur leicht, und zwar um 18 000 auf 10 393 000 Einwohner. Für die Zunahme maßgeblich war der Wanderungsüberschuß von 12 000 Personen. Gleichwohl ist verglichen mit 1996 für das gesamte Jahr 1997 mit einem geringeren Wanderungsgewinn besonders bei der nichtdeutschen Bevölkerung zu rechnen. Diese Erwartung gründet sich vornehmlich auf die verstärkten Rückwanderungen in das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien. Die natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) trug etwa mit einem Drittel zum Anstieg der Bevölkerungszahl zwischen Januar und Juni 1997 bei. In diesem Zeitraum wurden rund 6 100 Kinder mehr geboren als Baden-Württemberger starben. Dieser Geburtenüberschuß ergab sich vollständig aus der Entwicklung bei der ausländischen

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1996 und im 1. Halbjahr 1997

Merkmal	1996			1. Halbjahr 1997		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Lebendgeborene	114 657	95 334	19 323	56 198	46 764	9 434
Sterbefälle	98 908	96 531	2 377	50 076	48 908	1 168
Geburtenüberschuß (+) bzw. -verlust (-)	+ 15 749	- 1 197	+ 16 946	+ 6 122	- 2 144	+ 8 266
Zuzüge über die Landesgrenze	277 473	135 689	141 784	121 452	61 169	60 283
Fortzüge über die Landesgrenze	238 084	122 322	115 762	109 467	54 156	55 311
Wanderungssaldo	+ 39 389	+ 13 367	+ 26 022	+ 11 985	+ 7 013	+ 4 972
Ein- bzw. Ausbürgerung (Änderung der Staatsangehörigkeit)	-	+ 20 691	- 20 691	-	+ 49 909	- 49 909
Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ...	+ 55 138	+ 32 861	+ 22 277	+ 18 107	+ 54 778	- 36 671
Bevölkerungsstand am Jahresende	10 374 505	9 004 098	1 370 407	10 392 612	9 058 876	1 333 736

Bevölkerung. Hier wurden etwa 8 200 Geburten mehr als Sterbefälle registriert. Demgegenüber überwog wie im Vorjahr bei den Deutschen die Zahl der Gestorbenen die der Geborenen, und zwar um rund 2 100 Personen.

Trotz Geburtenüberschuß und maßgeblichen Wanderungsgewinnen bei der nichtdeutschen Bevölkerung, blieb ihr Anteil an der Bevölkerung in den letzten Jahren weitgehend konstant und fiel sogar zur Jahresmitte 1997 auf 12,8 %. Ein Grund hierfür liegt auch in den vermehrten Einbürgerungen vormals ausländischer Personen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist letztlich, daß die Zahl der Aussiedler und Asylbewerber in den ersten drei Quartalen 1997 weiter zurückging.

Aus heutiger Sicht dürfte die Bevölkerung des Landes zumindest bis in das erste Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts hinein weiter moderat steigen. Die Zunahme dürfte geprägt sein durch vergleichsweise niedrige Geburtenhäufigkeiten sowie durch eher sinkende Wanderungsüberschüsse. Danach würde

der Anteil der nachwachsenden Generation der unter 20jährigen an der Bevölkerung in den nächsten Jahren allmählich sinken, der Anteil der 60jährigen und älteren hingegen steigen. Mit einem überproportionalen Anstieg der Zahl hochbetagter Menschen ist zu rechnen. Gleichzeitig bliebe der Anteil der großen Gruppe der 20- bis 60jährigen, die weitgehend das Erwerbspersonenangebot bilden, in den nächsten 10 bis 15 Jahren weitgehend unverändert.

Ein sozialpolitisches Problem wird sich stellen, wenn der „Babyboom“ der 60er Jahre dieses Jahrhunderts etwa ab 2020 in das Seniorenalter hineinwächst und gleichzeitig die junge Generation relativ schwach besetzt ist. Angemerkt sei hier, daß eine durchgreifende und andauernde Anhebung der Geburtenzahlen zunächst dazu führen würde, daß die Erwerbsfähigen zusätzlich zur wachsenden Gruppe der älteren Menschen auch eine größere nachwachsende Generation unterhalten müßte. Hinsichtlich der Möglichkeit, „demographische Lücken“ durch gezielte Zuwanderung aufzufüllen, ist unter anderem zu bedenken, daß es sich dabei

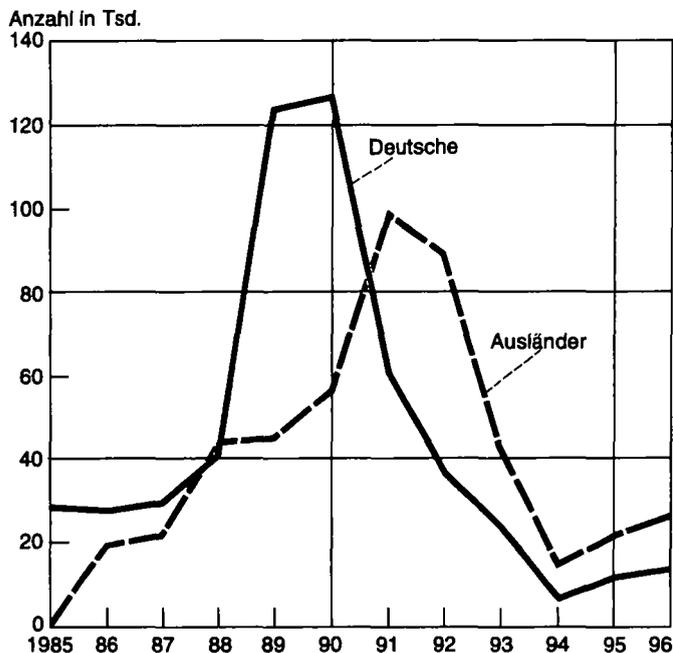
Tabelle 2

Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg seit 1987

Faktoren des Bevölkerungswachstums	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Geburtenüberschuß	12 003	18 209	17 338	21 009	20 382	21 582	19 410	16 760	14 726	15 749
Zuwanderungsüberschuß Ausländer	21 785	43 722	44 990	56 014	98 866	88 888	42 046	14 962	21 226	26 022
Zuwanderungsüberschuß Deutsche	29 464	40 290	123 659	126 308	60 565	36 398	23 862	6 321	11 346	13 367
Zunahme der Bevölkerung	63 252	102 221	185 987	203 331	179 813	146 868	85 318	38 043	47 298	55 138
Nachrichtlich:										
Aufnahme von Aussiedlern	15 119	28 435	57 851	92 741	36 617	28 874	26 277	27 991	26 455	21 778
Zuwanderung aus den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) ¹⁾	3 967	7 904	64 687	50 956	43 907	31 754	23 225	20 679	20 737	20 913
Aufnahme von Asylbewerbern ²⁾	8 343	15 728	17 565	27 968	43 111	51 609	38 521	13 186	12 927	12 186

1) Bis 1990: aus der DDR und Berlin (Ost). - 2) Ab 1992 bereinigt; zum Vergleich 1992 unbereinigt: 61 941.

Schaubild 1
Wanderungsbewegung über die Landesgrenzen in Baden-Württemberg seit 1985

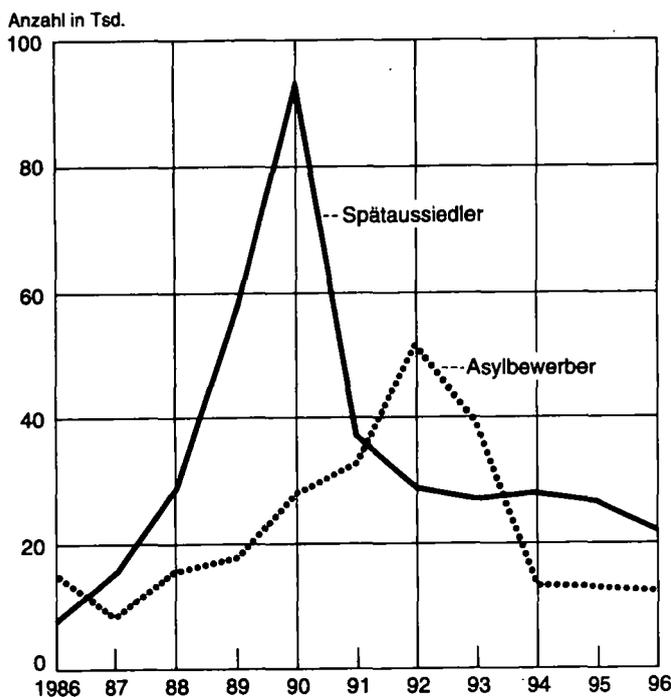


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

498 97

um eine kontinuierliche Einwanderung einer – über die Zeit gesehen – großen Zahl von Menschen handeln müßte. Damit wären erhebliche Integrationsleistungen von den und für die Zuwanderungsgruppen notwendig.

Schaubild 2
Spätaussiedler und Asylbewerber in Baden-Württemberg seit 1986



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

502 97

Wandel der Familie entwickelt sich unterschiedlich

Einerseits: Immer mehr Paare leben ohne Trauschein zusammen. Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften lag 1996 in Baden-Württemberg bei rund 187 000. Innerhalb von zehn Jahren hat sich damit die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften um etwa über 80 % erhöht. Immer mehr Eltern ziehen ihre Kinder allein oder ohne ehelichen Partner auf. Die Zahl der Alleinerziehenden, zu denen in der amtlichen Statistik auch nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern gezählt werden, stieg 1996 wiederum deutlich. Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren verloren trotz leichter Zunahme auch 1996 quantitativ an Bedeutung. Die durchschnittliche Kinderzahl stieg bei den Ehepaaren und Alleinerziehenden gleichermaßen. Mit anderen Worten: Wenn die Entscheidung für Kind und Familie erst einmal gefallen ist, dann heute eher als vor zehn Jahren auch für mehrere Kinder (Tabelle 3).

Immer mehr Frauen und Kinder auf Sozialhilfe angewiesen

Die Zahl der Haushalte, die Sozialhilfe, genauer: Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt erhalten, verdoppelte sich nahezu von Mitte der 80er Jahre bis Mitte der 90er Jahre, und zwar von knapp 73 000 auf 141 000. Eine überdurchschnittliche Zunahme ist seit Ende 1985 bei Ehepaaren mit minderjährigen Kindern festzustellen. Ihre Zahl stieg bis Ende 1995 um mehr als das Dreifache, und zwar von 6 000 auf knapp 21 000. Unter den Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern verdoppelte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Empfänger von gut 16 000 auf knapp 33 000. Sozialhilfebedürftige Alleinerziehende sind zudem fast ausschließlich alleinerziehende Mütter. Überdurchschnittlich stieg die Zahl der Ehepaare ohne Kinder in der Sozialhilfe: von gut 3 000 (Ende 1985) auf knapp 10 000 (Ende 1995). Mehr als verdoppelt hat sich auch die Zahl der Kinder unter 15 Jahren in der Sozialhilfe, und zwar von 36 000 auf 100 000. Die Sozialhilfequote selbst blieb jedoch seit Mitte der 80er Jahre auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau: 1995 erhielten 2,0 % der Ehepaare mit minderjährigen Kindern Sozialhilfe. Ehepaare mit Kindern und besonders Ehepaare ohne Kinder bezogen somit seltener Sozialhilfe als die Gesamtheit der Privathaushalte. Wesentlich häufiger sind Alleinerziehende – und hier besonders Frauen – sozialhilfeabhängig. Jede fünfte alleinerziehende Mutter erhielt Ende 1995 Sozialhilfe. Vergleichsweise hoch war auch 1995 die Sozialhilfequote der Kinder unter 15 Jahren: Sie lag bei 5,3 % und damit mehr als doppelt so hoch als noch 1985 (Tabelle 4).

Weiterhin sinkende Studierendenzahlen

Im Wintersemester 1997/98 sind an den 64 Hochschulen Baden-Württembergs rund 206 000 Studierende eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden sank gegenüber dem Vorjahr um etwa 13 000 und gegenüber dem Wintersemester 1994/95, in dem die bislang meisten Studierenden gezählt worden sind, um etwa 25 000. Verglichen mit dem Vorjahr haben vor allem die Universitäten mit einer von knapp 138 000 auf 128 000 verringerten Studierendenzahl zu dieser Entwicklung beigetragen. Auch an den Pädagogischen Hochschulen ging die Zahl der Studierenden um etwa 1 000 auf unter 18 000 zurück, während sie an den Kunsthochschulen mit rund 4 000 nahezu unverändert blieb. Bei den Fachhochschulen nahmen die Studierendenzahlen besonders an den für die Ausbildung der Beamten des gehobenen Dienstes zuständigen Verwaltungsfachhochschulen in Kehl und Ludwigsburg ab.

Tabelle 3

Familien in Baden-Württemberg 1975 bis 1996 nach Anzahl der Kinder

Familientyp	1975	1982	1992	1994	1996
	1 000				
Zusammenlebende Ehepaare	2 258,8	2 250,2	2 418,2	2 468,3	2 475,0
darunter					
ohne Kinder	757,4	819,4	975,6	1 049,5	1 098,6
mit Kindern unter 18 Jahren	1 255,6	1 140,1	1 013,9	1 014,1	1 020,2
1 Kind	508,0	543,9	455,8	438,5	429,5
2 Kinder	466,2	434,8	412,2	427,6	433,5
3 Kinder oder mehr	281,4	161,4	146,0	148,0	157,1
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	2 427,4	1 953,5	1 758,0	1 779,5	1 818,2
Durchschnittliche Kinderzahl	1,93	1,71	1,73	1,75	1,78
Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren	96,4	124,5	143,4	159,4	175,2
1 Kind	55,6	83,0	100,3	110,4	116,4
2 Kinder	27,2	31,4	35,0	40,1	46,2
3 Kinder oder mehr	13,6	10,1	(8,0)	(8,9)	12,7
Anzahl der Kinder unter 18 Jahren insgesamt	156,5	178,2	197,0	220,8	249,8
Durchschnittliche Kinderzahl	1,62	1,43	1,37	1,39	1,43
Alleinerziehende Männer	14,6	17,3	16,3	20,7	27,0
Alleinerziehende Frauen	81,8	107,2	127,0	138,7	148,2

Der Rückgang der Studierendenzahlen ist vor allem auf demographische Ursachen zurückzuführen: Zum einen verlässen gegenwärtig vergleichsweise starke Absolventenjahrgänge die Hochschulen, zum anderen liegt die Zahl der Abiturienten im Jahr 1997 mit rund 32 000 immer noch nahe bei dem Tiefstand des Jahres 1993 (30 249). Der Rückgang der Studierendenzahlen dürfte jedoch nur von kurzer Dauer sein. Aufgrund stärker besetzter Geburtsjahrgänge vornehmlich gegen Ende der 80er Jahre sind in den kommenden Jahren wieder mehr Schulabgänger mit Hochschul- oder Fachhochschulreife zu erwarten. Sollte die Studienbereitschaft unverändert bleiben, wird dies auch steigende Studierendenzahlen zur Folge haben. So liegt bereits im Wintersemester 1997/98 die Zahl der Erstimmatrikulierten mit

28 000 um etwa 1 % über dem des Vorjahres. Unter der Annahme einer konstanten Übergangsquote auf das Gymnasium wird sich dieser Anstieg in den darauffolgenden Jahren verstärken. Jedoch dürfte auch diese Entwicklung eher von kurzer Dauer sein, denn wegen drastisch sinkender Geburtenzahlen in den 90er Jahren ist langfristig wiederum mit einem deutlichen Rückgang der Studierendenzahlen zu rechnen.

Für ausländische Studierende sind die Hochschulen in Baden-Württemberg weiterhin attraktiv. Im Wintersemester 1996/97 waren an den hiesigen Hochschulen 21 365 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingeschrieben, und damit

Tabelle 4

Sozialhilfequote bei Privathaushalten, Ehepaaren ohne Kinder, Ehepaaren sowie Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren und bei Kindern unter 15 Jahren in Baden-Württemberg 1985 bis 1995^{*)}

Haushalts- und Familientyp	1985	1990	1992	1993	1994	1995
	%					
Kinder unter 15 Jahren						
Privathaushalte	1,9	2,4	2,7	2,9	2,8	3,0
Ehepaare ohne Kinder	0,4	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9
Ehepaare mit Kindern	0,6	1,0	1,4	1,6	1,9	2,0
Alleinerziehende	12,9	17,8	18,4	20,4	18,8	19,2
darunter alleinerziehende Frauen	14,8	19,8	20,0	22,4	20,9	22,2
Kinder unter 15 Jahren	2,5	3,6	4,7	4,9	5,3	5,3

^{*)} Sozialhilfestatistik: Haushalte als Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am jeweiligen Jahresende; ab 1994 einschließlich Asylbewerberleistungsstatistik: Haushalte als Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in „vergleichbaren Einrichtungen“ und „anderweitigen Unterbringungen“; Sozialhilfequote: Anteil der Haushalte als Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfestatistik; Asylbewerberleistungsstatistik) an den (Familien-) Haushalten (Mikrozensus) bzw. Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfestatistik; Asylbewerberleistungsstatistik) an der Bevölkerungsgruppe (Bevölkerungsstatistik) am jeweiligen Jahresende. Die Sozialhilfequote kann nur als Trendaussage interpretiert werden, da sich die Datenquellen (Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik, Mikrozensus) auf unterschiedliche Zeitpunkte des Jahres beziehen. Außerdem unterscheidet sich die Definition des Haushaltes in der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik von der im Mikrozensus. Betrachtet werden Familien mit Kindern unter 18 Jahren, da in der Sozialhilfe Eltern nur mit ihren minderjährigen ledigen Kindern eine Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaft bilden.

Tabelle 5

Studenten an baden-württembergischen Hochschulen¹⁾ seit dem Wintersemester 1960/61 nach Staatsangehörigkeit und Hochschulart

Wintersemester	Studenten, und zwar ...					
	insgesamt ¹⁾	darunter Ausländer	an Universitäten	an Pädagogischen Hochschulen	an Kunst-hochschulen	an Fach-hochschulen ²⁾
	Anzahl					
1960/61	40 144	4 253	38 044	-	2 100	-
1965/66	48 017	5 011	45 974	-	2 043	-
1970/71	78 493	5 309	61 509	14 464	2 520	-
1975/76	132 303	8 394	86 583	22 262	2 960	20 498
1980/81	147 768	9 170	102 101	13 127	3 332	29 185
1985/86	190 301	10 740	132 181	9 785	3 848	44 444
1990/91	215 242	14 770	148 709	11 851	4 028	50 583
1991/92	220 933	16 073	151 056	13 818	3 949	52 031
1992/93	226 301	17 552	152 658	14 755	3 976	54 842
1993/94	230 980	19 164	152 246	16 153	4 024	58 439
1994/95	231 540	20 149	149 150	18 375	4 183	59 734
1995/96	226 512	20 427	142 904	19 038	4 105	60 409
1996/97	219 353	21 365	137 658	18 657	4 060	58 865

¹⁾ Bis Wintersemester 1975/76 Haupt- und Nebenhörer, ab Wintersemester 1980/81 nur Haupthörer. – 1) Einschließlich Theologische Hochschule. – 2) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

rund 1 000 mehr als im Vorjahr. Mittlerweile ist jeder zehnte Studierende nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Deutlich zugenommen hat seit Wintersemester 1990/91 der Anteil der Studierenden aus Südeuropa (30 % auf 35 %) und Osteuropa (3 % auf 7 %). Betrachtet man die Studierenden aus den 14 EU-Ländern gesondert, so stieg deren Zahl ebenso in dieser Zeit. Dennoch sank ihr Anteil an allen ausländischen Studierenden leicht von 33 % auf 32 %. Gleiches trifft auf die Studierenden aus Südostasien und Japan zu. Obwohl heute mehr junge Menschen aus diesen Staaten in Baden-Württemberg studieren als noch Anfang der 90er Jahre, ging deren Anteil an allen ausländischen Studierenden zurück, und zwar von 17 % auf 13 %. Ebenfalls rückläufig ist der Anteil, aber auch die Zahl der Studierenden aus Nordamerika. Ihr Anteil nahm von 8 % auf 5 % ab.

sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis, im Baugewerbe waren es 15 000 weniger als noch vor einem Jahr. Der Dienstleistungssektor vermochte diesen starken Stellenabbau nicht einmal näherungsweise auszugleichen. Dem Verlust an Arbeitsplätzen von rund 49 000 im Produzierenden Gewerbe standen gerade einmal 1 500 neu geschaffene Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor gegenüber.

Bereits seit einigen Jahren ist zu beobachten, daß der Stellenzuwachs im Dienstleistungssektor immer kleiner wird. Dies deutet darauf hin, daß auch dort verstärkt rationalisiert wird. Die

Stellenabbau seit nunmehr fünf Jahren

Im Jahr 1997 hat sich die Zahl der Arbeitsplätze im nunmehr fünften Jahr in Folge verringert. Ende März standen im Südwesten 3 654 700 Arbeitnehmer in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis, gut 1 % weniger als im Frühjahr 1996. Insgesamt verloren seit dem Beschäftigtenhöchststand im Herbst 1992 fast 325 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Damit ist der Beschäftigtenstand auf das Niveau Ende der 80er Jahre zurückgefallen. Anders ausgedrückt sind in den letzten fünf Jahren etwa genauso viele Arbeitsplätze verlorengegangen, wie in den Hochkonjunkturjahren 1988 bis 1992 neu geschaffen wurden.

Der Personalabbau betraf 1997 fast alle Wirtschaftsbereiche. Allein bei den Dienstleistungen im engeren Sinne – wie beispielsweise Planungs- und Beratungsbüros –, den Organisationen ohne Erwerbszweck, den privaten Haushalten und in der Landwirtschaft hat sich 1997 die Zahl der Stellen erhöht.

Die meisten Arbeitsplätze gingen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe verloren. Ende März 1997 standen im Verarbeitenden Gewerbe 34 000 Arbeitnehmer weniger in einem

Tabelle 6

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet¹⁾ im März 1997

Wirtschaftsabteilungen ¹⁾	Baden-Württemberg		Bundesgebiet
	1 000	Veränderung gegen März 1996 in %	
Wirtschaftsabteilungen zusammen²⁾	3 654,7	- 1,3	- 1,4
davon			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27,9	+ 0,7	+ 1,2
Energie, Bergbau	34,8	- 0,6	- 4,1
Verarbeitendes Gewerbe	1 464,1	- 2,2	- 2,9
Baugewerbe	224,2	- 6,3	- 5,7
Handel	473,0	- 0,6	- 0,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	140,7	- 1,5	- 1,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe ...	147,1	- 1,5	- 1,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	855,0	+ 1,0	+ 1,0
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	83,3	+ 4,5	+ 2,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	204,6	- 1,3	- 1,8

¹⁾ Früheres Bundesgebiet.

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. –

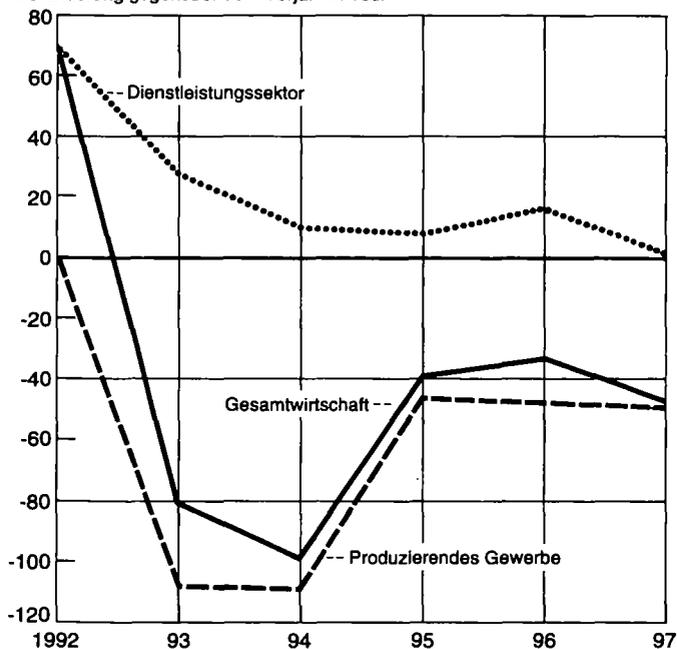
2) Einschließlich „Ohne Angaben“.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Schaubild 3

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt, im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor Baden-Württembergs seit 1992¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd.



¹⁾ Jeweils am 31. März.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

501 97

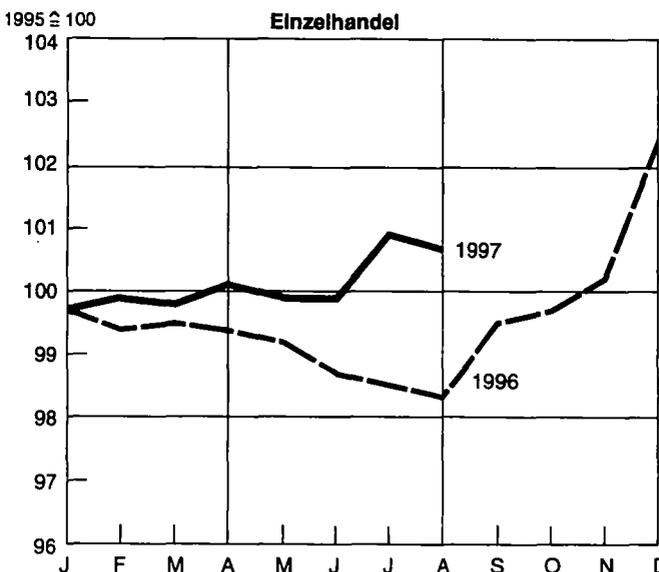
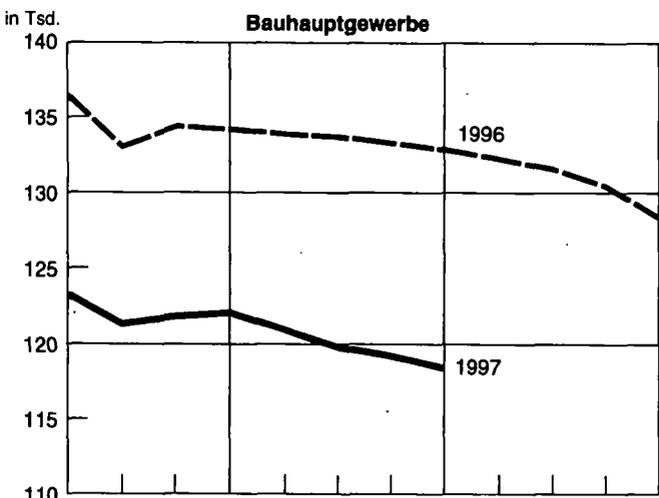
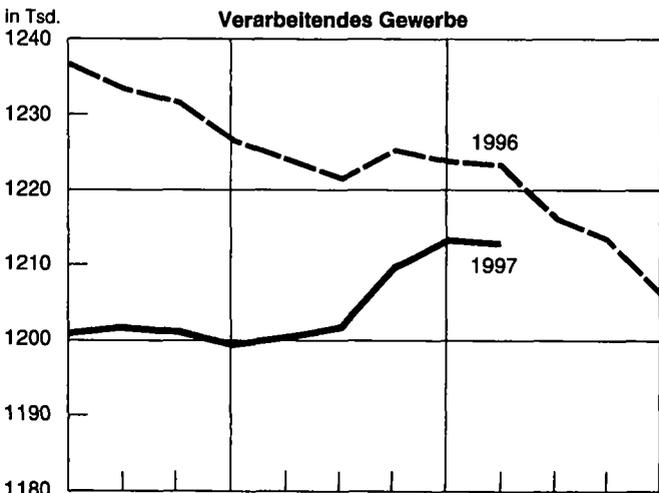
Handels- und Verkehrsunternehmen, aber auch Banken, Versicherungen und Verwaltungen erbringen ihr Leistungsangebot mittlerweile mit einem geringeren Personaleinsatz. Damit sind die unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen – abgesehen von den privaten Haushalten und den Organisationen ohne Erwerbszweck – die einzige Dienstleistungssparte, die ihren Personalbestand noch vergrößert, und auch hier sind die Beschäftigungszuwächse trotz anhaltend hohen Wachstums geringer geworden. Offensichtlich sind auch diese Unternehmen einem zunehmenden Wettbewerbsdruck ausgesetzt. So hat sich bereits 1996 die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsunternehmen nicht mehr so stark erhöht wie ein Jahr zuvor, obwohl die reale Bruttowertschöpfung stärker zugenommen hatte.

Verarbeitendes Gewerbe: Talsohle erreicht

Im weiteren Jahresverlauf hat sich die Beschäftigungslage teilweise aufgehellt. Seit den Sommermonaten mehrten sich die Anzeichen dafür, daß die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe die Talsohle erreicht hat, denn der konjunkturelle Aufschwung, der bis dahin von einer kräftigen Auslandsnachfrage getragen war, erhielt durch die anziehende Binnenkonjunktur ein weiteres Standbein, das insbesondere für die Beschäftigungslage von Bedeutung ist. Die Erfahrungen vergangener Jahre zeigen, daß im Verarbeitenden Gewerbe erst dann wieder Personal eingestellt wird, wenn die Inlandsnachfrage an Kraft gewinnt. Der leichte Beschäftigungszuwachs in den Sommermonaten bestätigt diesen Zusammenhang.

Schaubild 4

Entwicklung der Beschäftigtenzahlen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Baden-Württembergs 1996 und 1997



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

504 97

Auch die Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel hat sich – insbesondere in den Sommermonaten 1997 – verbessert, doch kamen die zusätzlichen Arbeitsplätze den Teilzeitbeschäftigten zugute. Bereits seit Ende 1996 hat sich die Beschäftigungssituation im Einzelhandel wieder gebessert, was vor allem auf eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigten, aber auch auf einen geringeren Stellenabbau bei den Vollzeitbeschäftigten zurückzuführen war. Der Trend zu einer verstärkten Teilzeitbeschäftigung im Einzelhandel ist auch im Zusammenhang mit der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten zu sehen. Von diesen zusätzlichen Teilzeitarbeitsplätzen dürfte ein nicht unerheblicher Teil auf sozialversicherungsfreie geringfügige Beschäftigungsverhältnisse entfallen, was erklärt, warum im Frühjahr 1997 in den Handelsunternehmen weniger Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren als ein Jahr zuvor.

Beschäftigung stabilisiert sich

Ob die Forcierung des Wachstums im Jahr 1998 den längst erhofften Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes bringt, bleibt angesichts der retardierenden Einkommensentwicklung fraglich. Allerdings deuten die zu erwartenden Entwicklungen in beschäftigungsstarken Wirtschaftsbereichen darauf hin, daß sich das Beschäftigungsniveau 1998 insgesamt gut stabilisiert.

Die weitere Beschäftigungssituation hängt dabei ganz entscheidend von der Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe ab. Dort prägen derzeit gegenläufige Erwartungen das Gesamtbild. Einerseits tendieren die Unternehmen zu weiteren Personalsparungen, weil der Rationalisierungsdruck ohne spürbare Entlastung bei den Kosten für den Faktor Arbeit nach wie vor hoch ist, andererseits wird die Industrie die steigende Investitionsnachfrage aus dem Inland bei weiterhin guten Auslandsgeschäften wohl kaum ohne zusätzliches Personal bedienen können. Von daher spricht im Verarbeitenden Gewerbe einiges dafür, daß sich der seit Sommer zu beobachtende leichte Aufwärtstrend 1998 fortsetzt.

In den anderen Wirtschaftsbereichen dürften sich positive und negative Tendenzen die Waage halten. Der Dienstleistungssektor wird 1998 wieder etwas mehr Arbeitsplätze schaffen als 1997. Vor allem unternehmensbezogene Dienstleistungen dürften vom konjunkturellen Aufwind im Verarbeitenden Gewerbe profitieren und wieder mehr Personal einstellen. Im Handel ist zu erwarten, daß sich die Beschäftigungslage weitgehend stabilisiert. Dagegen werden Banken und Versicherungen, aber auch der

Staat weiterhin Stellen einsparen. Im Baugewerbe ist noch keine Trendwende bei der Beschäftigtenentwicklung in Sicht, das Tempo des Stellenabbaus wird sich jedoch im Zuge der steigenden Investitionsnachfrage deutlich verlangsamen.

Arbeitsmarkt: Erste hoffnungsvolle Tendenzen

Die Lage auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt hat sich 1997 abermals verschlechtert. Im Oktober waren im Südwesten mehr als 370 000 Menschen arbeitslos, knapp 17 000 mehr als im Oktober 1996. Auch die auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote lag mit 8,5 % signifikant über dem Vorjahresniveau von 8,1 %. Trotzdem läßt die Entwicklung in den letzten Monaten hoffen, daß der Aufwärtstrend der Arbeitslosigkeit allmählich zum Stillstand kommt. Seit Jahresmitte ist die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt kaum noch gestiegen. Im Januar 1997 waren in Baden-Württemberg mit erstmals mehr als 400 000 Arbeitslosen über 12 % mehr Menschen ohne Arbeit als ein Jahr zuvor, im Oktober waren es noch knapp 5 % mehr.

Bei dem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit ist allerdings eine wenn auch geringe Zunahme nur ein schwacher Trost. Von einer Verbesserung der Arbeitsmarktsituation kann erst gesprochen werden, wenn das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit wieder sinkt. Positiv an der Entwicklung im Jahr 1997 stimmt, daß eine solche Tendenz für die Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren bereits eingetreten ist. In den ersten zehn Monaten 1997 waren im Durchschnitt knapp 6 % weniger Jugendliche arbeitslos als noch vor einem Jahr.

Positive Signale für den Arbeitsmarkt gab es auch von der Entwicklung der offenen Stellen und der Kurzarbeit. In den ersten zehn Monaten wurden den Arbeitsämtern mit gut 50 000 offenen Stellen pro Monat durchschnittlich fast 4 000 Stellenangebote mehr gemeldet als noch vor einem Jahr. Zu dieser Entwicklung hat vor allem die Industrie beigetragen, die wieder mehr Personal einstellt. Auch das bereits vorhandene Personal wurde angesichts der besseren Auftragslage immer stärker ausgelastet, was sich in einem deutlichen Rückgang der Kurzarbeit äußerte. Im Oktober arbeiteten im Land nur noch rund 14 000 Arbeitnehmer kurz. In den Schlüsselindustrien Baden-Württembergs wird kaum noch kurzgearbeitet.

Tabelle 7

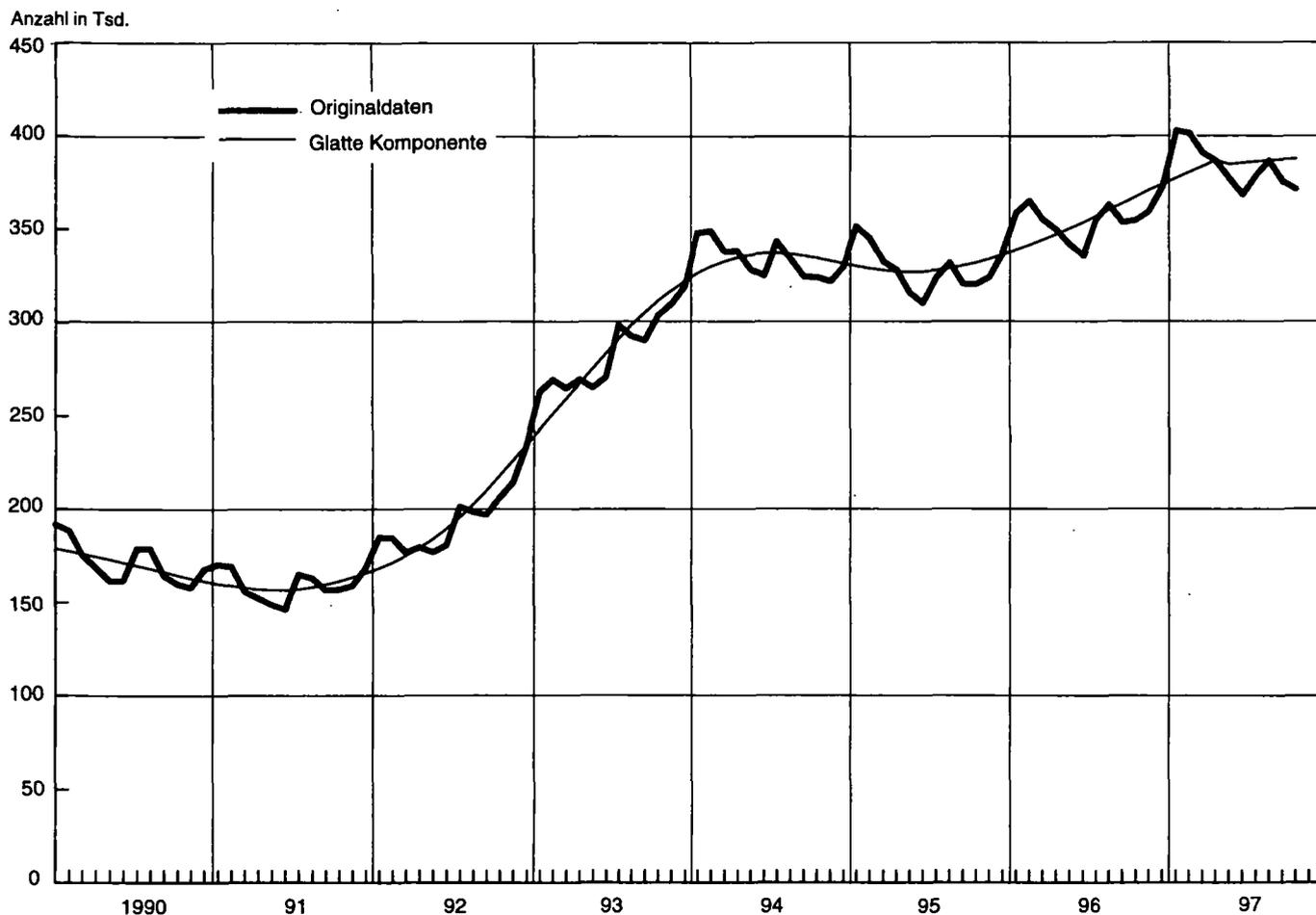
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg 1997

Merkmal	Einheit	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
Offene Stellen	Anzahl	42 998	48 415	55 126	53 242	52 279	51 481	52 681	51 250	49 205	45 556
	Veränderung zum Vorjahr in %	9,5	8,2	9,5	4,4	5,8	6,5	10,8	10,9	+ 12,3	+ 7,7
Kurzarbeiter	Anzahl	39 841	48 158	42 126	34 247	26 059	23 389	19 031	9 301	13 950	14 132
	Veränderung zum Vorjahr in %	17,1	- 8,6	- 23,5	- 33,3	- 41,5	- 48,2	- 48,9	- 50,5	- 58,9	- 60,2
Arbeitslose	Anzahl	402 892	401 418	390 824	386 695	377 209	368 268	378 793	386 691	375 364	371 327
	Veränderung zum Vorjahr in %	12,3	10,0	10,0	10,5	10,3	9,7	6,7	6,5	6,1	4,7
Arbeitslosenquote ¹⁾ ...	%	9,2	9,1	8,9	8,8	8,6	8,4	8,6	8,8	8,6	8,5
Nachrichtlich Bundesgebiet ²⁾											
Arbeitslosenquote ¹⁾ ...	%	11,9	11,8	11,4	11,0	10,8	10,6	10,9	10,9	10,7	10,6

1) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 2) Früheres Bundesgebiet.

Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Schaubild 5

Entwicklung der Arbeitslosenzahl in Baden-Württemberg seit 1990

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

490 98

Bedenkt man, daß den Arbeitsämtern zur Durchführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen 1997 engere Grenzen gesetzt waren als noch 1996, sind die Tendenzen auf dem Arbeitsmarkt eher positiver zu werten, als dies zuletzt den Anschein hatte. Die von den Arbeitsämtern durchgeführten Fortbildungs-, Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen haben nämlich den Arbeitsmarkt nicht mehr so entlastet, wie dies 1996 der Fall war. Von Januar bis September haben in Baden-Württemberg rund 24 000 Arbeitslose mit Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen begonnen, und im Schnitt nahmen monatlich 3 900 Arbeitslose an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teil. 1996 konnten noch 40 000 Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen finanziert werden. Bei Aufrechterhaltung dieses Angebots hätte die Arbeitslosigkeit 1997 in weitaus geringerem Maße zugenommen.

Rahmenbedingungen für 1998 günstiger

Mit Verstärkung der konjunkturellen Antriebskräfte stehen die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt im Jahr 1998 günstiger. Jedenfalls begannen in den 80er Jahren der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Zunahme der Beschäftigung bei einem

realen Wirtschaftswachstum von rund 3 %, wie dies für das kommende Jahr zu erwarten ist. Allerdings wird das wirtschaftliche Wachstum alleine die Zukunft des Arbeitsmarktes nicht bestimmen.

Es ist nämlich zu beachten, daß im Zuge der Haushaltssanierung den Budgets der Arbeitsämter zur Durchführung arbeitsmarktentlastender Maßnahmen eher engere Grenzen gesetzt sind. Zudem dürfte es im Vergleich zu früheren konjunkturellen Erholungsphasen auch deshalb schwieriger sein, die Arbeitslosigkeit wieder abzubauen, weil sich deren Struktur in den letzten Jahren geändert hat. Seit Beginn der 80er Jahre hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen stark zugenommen, und mit zunehmender zeitlicher Distanz zur letzten Berufstätigkeit haben Arbeitslose immer weniger Chancen, eine neue Stelle zu finden. Während im September 1997 die Zahl der Arbeitslosen, die weniger als sechs Monate ohne Beschäftigung waren, um gut 2 % niedriger war als im entsprechenden Vorjahresmonat, stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen um fast 20 %. Insgesamt waren im September 1997 fast 126 000 Arbeitslose – das ist ein Drittel aller Arbeitslosen – bereits länger als ein Jahr ohne Anstellung. In früheren Jahren hoher Arbeitslosigkeit, wie beispielsweise

1983 oder 1988, betrug dieses Verhältnis noch 18 % bzw. 25 %. Hinzu kommt, daß immer mehr ältere Menschen arbeitslos sind, die es bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz besonders schwer haben. Im September 1997 war fast ein Viertel aller Arbeitslosen mindestens 55 Jahre alt, in den Jahren 1983 und 1988 dagegen nur 10 bzw. 15 %.

Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt spitzt sich zu

Im Jahr 1997 hat sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in Baden-Württemberg weiter zugespitzt. Die Sommermonate waren geprägt durch Appelle an die Betriebe, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen; regional gab es Vermittlungsaktionen mit dem Ziel, den Bewerbern die Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz zu erleichtern. Diese Maßnahmen dürften dazu beigetragen haben, daß die Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt am Ende des Berufsberatungsjahres 1996/97 noch positiv ausfiel. Ende September 1997 waren bei den Arbeitsämtern knapp 3 900 Berufsausbildungsstellen noch unbesetzt und rund 3 000 Bewerber noch nicht vermittelt. Damit hielten sich Angebot und Nachfrage fast die Waage, nachdem es im Jahr 1996 noch einen Angebotsüberhang von 3 000, 1995 sogar von 6 700 gegeben hatte.

Die zunehmende Anspannung kommt besonders deutlich im Verhältnis der von der Arbeitsverwaltung registrierten Bewerber- und Lehrstellenzahlen, das ein wichtiger Frühindikator für die Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist, zum Ausdruck. So ermittelte die Arbeitsverwaltung in Baden-Württemberg bereits am Ende des Berufsberatungsjahres 1995/96 einen Nachfrageüberhang auf dem Ausbildungsstellenmarkt, der sich 1997 weiter vergrößert hat. Daß bei den Arbeitsverwaltungen mehr Bewerber als Lehrstellen gezählt wurden, ist auch darauf zurückzuführen, daß in Zeiten der Anspannung Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, häufiger die Unterstützung der Arbeitsämter in Anspruch nehmen, während umgekehrt ausbildende Betriebe und Verwaltungen weniger als sonst die Arbeitsverwaltung einschalten. So findet ein Teil der gemeldeten Bewerber Ausbildungsplätze, die nicht über die Arbeitsämter angeboten wurden.

Seit dem Berufsberatungsjahr 1991/92 ging das Angebot an Ausbildungsstellen um fast 62 000 zurück, während sich die Zahl der Lehrstellenbewerber im gleichen Zeitraum um mehr als 27 000 erhöhte. Nach gemeinsamen Anstrengungen von Politik und Wirtschaft ist das Angebot an Lehrstellen zuletzt nicht mehr so stark zurückgegangen wie noch in den beiden Jahren zuvor (1997: - 5,5 %, 1996: - 6 %, 1995: - 13,5 %). Der Andrang auf den Lehrstellenmarkt war jedoch 1997 mit 7 % mehr Bewerbern wieder stärker als in den Jahren 1995 und 1996 (jeweils + 5 %).

Die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich nicht für alle Lehrberufe angespannt. So stieg das Lehrstellenangebot nicht nur bei den Verkehrsberufen, sondern auch erstmals wieder bei den technischen Berufen und den Verwaltungs- und Büroberufen. Dagegen hat sich bei nahezu allen übrigen Berufsgruppen das Stellenangebot weiter verringert.

Am ungünstigsten waren 1997 die Chancen auf einen Ausbildungsplatz bei den Rechts-, Medizin-, Kunst- und Sozialberufen mit 200 Bewerbern auf 100 angebotene Lehrstellen, gefolgt von

den technischen Berufen mit 180 und den Verwaltungs- und Büroberufen mit fast 150. Wegen des höheren Stellenangebots waren die Aussichten bei den technischen Berufen jedoch besser als ein Jahr zuvor.

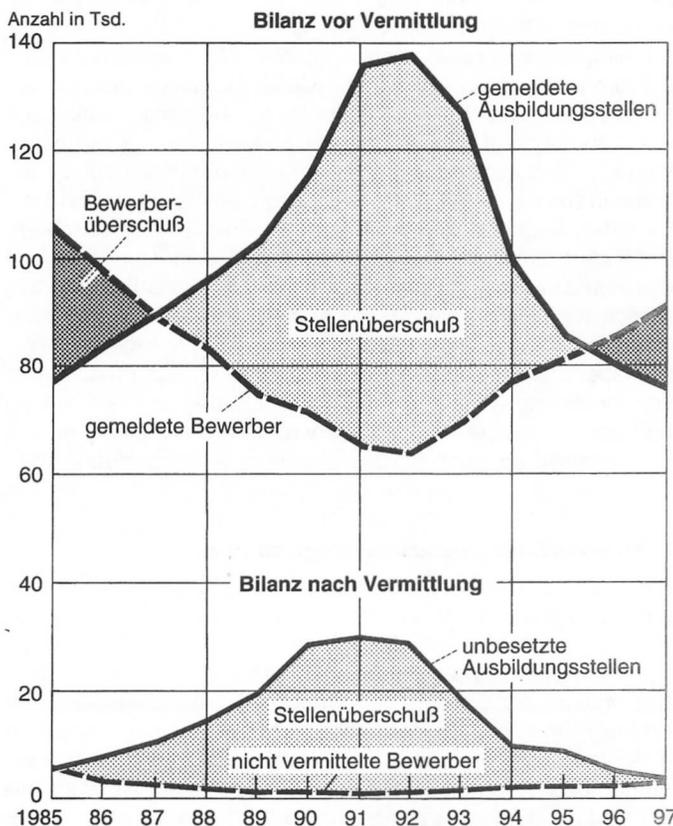
Vergleichsweise gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten dagegen 1997 wie schon in den Jahren zuvor Jugendliche, die Verkehrs-, Ernährungs-, und Metallberufe ergreifen wollten. Bei den Verkehrsberufen betrug das Verhältnis zwischen Bewerbern und angebotenen Lehrstellen knapp 50:100, bei den Ernährungsberufen knapp 70:100 und bei den Metallberufen gut 90:100. Während in den vergangenen Jahren auch die Chancen auf eine Lehrstelle im Baugewerbe gut waren, gab es 1997 erstmals mehr Bewerber als Ausbildungsplätze.

Lehrstellenbedarf steigt weiter

In den kommenden Jahren wird die Suche nach Ausbildungsplätzen für die Jugendlichen eher noch schwerer. Der Lehrstellenbedarf wird bis zum Jahr 2007 wegen der bis dahin steigenden Schülerzahlen zunehmen. Schon im Jahr 1998 besteht im Vergleich zu 1997 ein zusätzlicher Bedarf von 2 000 bis 3 000 Lehrstellen.¹ Damit ist die Ausbildungsbereitschaft der baden-württembergischen Betriebe und Verwaltungen noch mehr gefragt

¹ Vgl. Wörner, Manfred: Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen aus längerfristiger Sicht, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1997, S. 233 - 237.

Schaubild 6
Bewerber und Ausbildungsstellen in Baden-Württemberg seit 1985



als zuletzt. Erschwert wird die Lage in diesem Jahr auch dadurch, daß immer mehr Jugendliche nach ihrem Schulabschluß eine Warteschleife durchlaufen. Im Jahr 1997 haben knapp 12 000 Jugendliche – das sind etwa 800 mehr als 1996 – am Berufsvorbereitungsjahr teilgenommen. Diese werden 1998 als Altnachfrager zusätzlich auf den Ausbildungsstellenmarkt treten.

Verarbeitendes Gewerbe

Nachdem in den letzten Jahren das Verarbeitende Gewerbe eine hartnäckige Schwächephase durchlebt hat, gewinnen die Wachstumskräfte mehr und mehr die Oberhand. Zwar wird das Wachstum noch immer in erster Linie von der boomenden Auslandsnachfrage getragen, mit einjährigem Nachlauf geht nun allerdings auch die Inlandsnachfrage auf Expansionskurs. Mit dem Anspringen der Inlandsnachfrage steigen die Hoffnungen, daß sich die Konjunktur zunehmend selbst trägt und weiter an Kraft und Dynamik gewinnt. Gerade im Hinblick auf die Beschäftigungssituation im Verarbeitenden Gewerbe ist dies von unschätzbare Bedeutung. Bereits jetzt sind in einigen Branchen erste Beschäftigungssignale zu erkennen; verstärken und verstetigen wird sich diese Entwicklung allerdings erst, wenn der Aufschwung anhält und sich auf weitere Branchen ausdehnt.

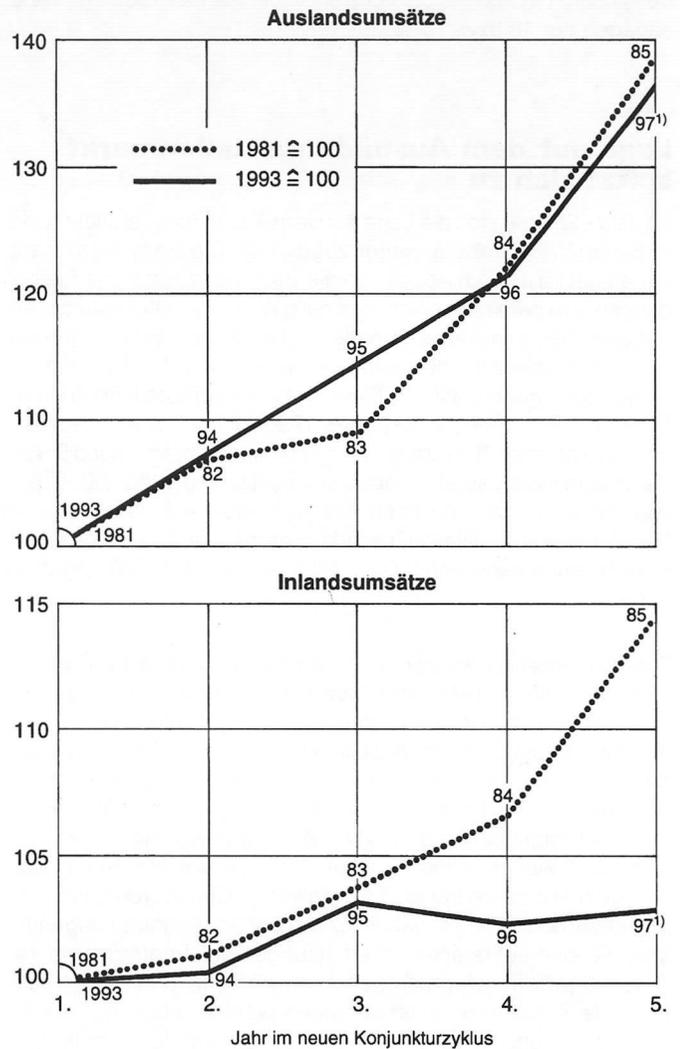
Auslandsnachfrage boomt ...

Allen voran hat die Auslandsnachfrage seit Mitte 1996 einen kräftigen Aufschwung erfahren und seit Jahresbeginn 1997 nochmals deutlich an Tempo zugelegt. Getragen von einer aufwärtsgerichteten Grundtendenz in Europa und einem kräftigen Wachstum in den angelsächsischen Ländern, legten die Bestellungen aus dem Ausland bis Oktober 1997 real um über 15 % zu. Daran zeigt sich deutlich der Erfolg der Rationalisierungs- und Anpassungsmaßnahmen der vergangenen Jahre. Die baden-württembergischen Unternehmen konnten ihre Wettbewerbschancen auf den internationalen Märkten wieder klar verbessern. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch ein wesentlich verbessertes Währungsumfeld. Die überaus positive Nachfrageentwicklung aus dem Ausland kam in erster Linie der Investitionsgüterbranche zugute, deren Auftragseingänge sich in den ersten zehn Monaten gegenüber dem Vorjahr um knapp 17 % erhöhten. Besonders Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen sowie elektrotechnische, optische und feinmechanische Erzeugnisse, Maschinenbauerzeugnisse und Kraftfahrzeuge waren von ausländischen Abnehmern lebhaft gefragt. Kräftig angezogen haben aber auch die Auslandsbestellungen bei den Produzenten von Vorleistungsgütern. In der Metallerzeugung und -bearbeitung und der chemischen Industrie lagen die Auftragseingänge aus dem Ausland um jeweils 13 % über dem Stand des Vorjahres.

... aber auch die Inlandsnachfrage zieht an

Mit einem Zuwachs von real gut 3 % hat sich auch die Inlandsnachfrage merklich erholt und ein seit langem nicht mehr erreichtes Wachstum erzielt. Getragen wurde die Entwicklung dabei ebenfalls von der anziehenden Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgütern. Die Auftragseingänge lagen nach den ersten zehn Monaten des Jahres 1997 um knapp 5 bzw. gut 4 % über Vorjahresniveau. Eine Belebung der inländischen Konsumgüternachfrage ist indes noch nicht zu erkennen. Nach wie vor sind die Auftragseingänge rückläufig. Der Aufwärtstrend bei der Inlandsnachfrage konzentriert sich allerdings noch in hohem Maße auf zwei Branchen: den Fahrzeugbau und die Metaller-

Schaubild 7
**Umsatzentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe*)
Baden-Württembergs
80er und 90er Jahre im Vergleich**



*) Ab 1995 neue Systematik (WZ 93). Die Angaben sind mit jenen vor 1995 nur eingeschränkt vergleichbar. – 1) 1997 geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

512 97

zeugung und -bearbeitung. Die Auftragseingänge im Fahrzeugbau lagen nach einer sprunghaften Zunahme im zweiten Quartal um 17 % und im Bereich Metallerzeugung und -bearbeitung um gut 7 % über dem Stand des Vorjahres. Die anderen Branchen erzielten bei den Inlandsbestellungen zwar ein positives Ergebnis, blieben aber zum Teil deutlich hinter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes zurück. Im Textil- und Bekleidungs-gewerbe und im Bereich Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik mußte sogar ein Rückgang der Inlandsorders hingenommen werden.

Schwacher Konsum schmälert Investitionsanreize

Die neue Dynamik bei der Inlandsnachfrage verdient insofern ein besonderes Augenmerk, als sie nunmehr im dritten Jahr hintereinander wie erstarrt erscheint. Während das florierende Exportgeschäft nichts Außergewöhnliches darstellt – auch in den 80er Jahren gab es zu Beginn des Konjunkturzyklus hohe Zu-

wachsraten beim Export –, weicht die Inlandsnachfrage seit zwei Jahren auffällig stark vom Verlaufsmuster der 80er Jahre ab, in denen sie sich nach klassischem Vorbild mit kurzer Verzögerung auf die Exporte expansiv entwickelt hat.

Mehrere Faktoren haben diese ungewöhnliche Lähmung der Inlandsnachfrage beeinflusst. Die wohl wichtigste Ursache ist in der schwachen Konsumnachfrage zu suchen, die auf die Entwicklung der Arbeitseinkommen zurückgeht. Seit 1993 pendelt der private Verbrauch zwischen Stagnation und schwachem Wachstum und ist damit außerstande, dem Verarbeitenden Gewerbe Impulse zu geben. Seit 1995 wird dieser Effekt durch den Konjunkturerbruch im Baugewerbe verstärkt, der vor allem die Zuliefernden Vorleistungsgüterbranchen traf. Hinzu kam in diesem Jahr, daß die Exporteure nach der Aufwertung der D-Mark im Frühjahr ihre Geschäftserwartungen zurücknahmen und Investitionsplanungen korrigierten. Die abwartende Haltung der Unternehmer bei Investitionsentscheidungen, die bis weit ins Jahr 1997 zu beobachten ist, dürfte zu einem guten Teil aber Konsequenz einer Erfahrung sein, die einige Jahre zurückliegt. Die Unternehmen hatten während des Wiedervereinigungsbooms ihre Produktionsanlagen kräftig erweitert und damit Kapazitäten geschaffen, die auch noch Jahre nach der Rezession den Spielraum boten, um der Nachfrage ohne größere Anspannungen entsprechen zu können. Erst Mitte 1997, nachdem die Auslandskonjunktur stärker in Gang gekommen und die Nachfrage von dort sich verstetigt hatte, ist zum ersten Mal seit Jahren auch aus dem Inland die Nachfrage nach Investitionsgütern deutlich gestiegen.

Nachdem die Zinsen niedrig, die Lohnstückkosten zurückgeführt und mit der Auslandsnachfrage sich auch die Erlöse – und damit auch die Renditeerwartungen – merklich verbessert haben, sollten die Investitionsanreize groß genug sein, den Start eines neuen Investitionszyklus genügend abzusichern.

Schwächephase überwunden, Produktion auf Wachstumskurs ...

Der kräftigen Nachfragebelebung folgend, hat auch die Produktion deutlich an Fahrt gewonnen. Mit einem Plus von knapp 5 % in den ersten zehn Monaten des Jahres 1997 zeichnet sich für das Verarbeitende Gewerbe ein Produktionsergebnis ab, wie es schon seit mehreren Jahren nicht mehr erzielt werden konnte. Zuletzt übertraf die Produktion im fünften Monat in Folge das Vorjahresergebnis. Dies zeigt, daß der eingeschlagene Expansionskurs nicht nur kräftiger, sondern auch zunehmend stabiler wird.

... bei starken Unterschieden in den Branchen

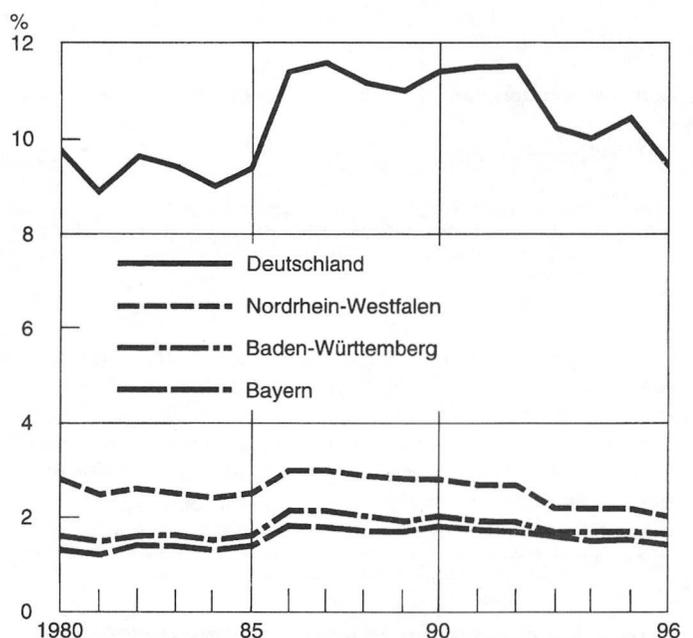
Auch in der Produktion zeigt sich das Wachstumsgefälle zwischen Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten auf der einen und dem konsumnahen Bereich auf der anderen Seite. Mit einem Plus von jeweils 6 % wurde das Produktionswachstum ausnahmslos von den Vorleistungs- und den Investitionsgüterproduzenten getragen, während die Verbrauchs- und Gebrauchsgüterproduzenten ihre Produktion um gut 1 bzw. 3 % reduzierten. Zu den Spitzenreitern gehörten der Fahrzeugbau, die Metallerzeugung und -bearbeitung und der Bereich Datenverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, die ihre Produktion um 8 bzw. 7 % steigerten. Überdurchschnittlich war auch die Produktionsausweitung im beschäftigungsstärksten Wirtschaftszweig des Landes, dem Maschinenbau. Im Textil- und Bekleidungsbranche kam es dagegen in den ersten zehn Monaten zu einem deutlichen Produktionseinbruch. Der Ausstoß lag knapp 6 % unter dem Vorjahresniveau.

Mit nahezu der gleichen Dynamik wie die Produktion stiegen auch die wertmäßigen Umsätze. Dies deutet darauf hin, daß die Unternehmen ihre Produktion inzwischen vor allem auf den Auslandsmärkten ohne Preisabschläge absetzen können. Bis Oktober 1997 tätigten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewebes ein um knapp 5 % höheres Umsatzvolumen mit ihren in- und ausländischen Kunden als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Der Umsatzzuwachs resultierte dabei ausschließlich aus dem Ausland, während die Inlandsumsätze praktisch auf Vorjahreshöhe verblieben. Weil die Inlandsumsätze zu Beginn des Jahres erhebliche Minusraten aufwiesen, die Umsätze mit Sommeranfang aber merklich zunahm, zeigte sich zum Jahresende auch das Inlandsgeschäft deutlich verbessert. Da sich die Investitionsnachfrage weiter auf Wachstumskurs befindet, stehen die Chancen gut, daß sich der Wachstumsrückstand im Inlandsgeschäft verringert und sich damit vermehrt auch wieder Beschäftigungschancen eröffnen.

Flottes Tempo im Auslandsgeschäft

Die wirtschaftliche Belebung in Westeuropa gewinnt zunehmend an Kraft und Breite. Dies zeigt sich deutlich an der wachsenden Zahl von Ländern, in denen die Wachstumskräfte die Oberhand gewinnen. Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist auch nach jahrelangem Aufschwung weiterhin dynamisch und äußerst robust. Von dieser positiven konjunkturellen Grundtendenz profitieren auch die baden-württembergischen Exporteure in hohem Maße. Bis Juli 1997 konnten sie ihre Warenausfuhr nominal um 10,7 % gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode steigern. Von Januar bis Juli wurden Waren im Gesamtwert von 83,8 Mrd. DM an ausländische Kunden verkauft. Auch die Steigerungsrate für das Jahr 1997 dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit im zweistelligen Bereich liegen, da in den

Schaubild 8
Weltexportanteile Baden-Württembergs, Bayerns, Nordrhein-Westfalens und Deutschlands*) seit 1980



*) Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet.

Tabelle 8

Ausfuhr Baden-Württembergs Januar bis Juli 1997 nach Handelspartnern

Handelspartner	Ausfuhr (Spezialhandel)			
	Mill. DM	Anteile	Veränderung gegenüber Januar bis Juli 1996	Veränderung 1996 gegenüber 1995
			in %	
Europa	55 729,5	66,5	+ 8,8	+ 2,2
davon				
EU-Länder	40 540,8	48,4	+ 7,2	- 0,2
darunter				
Belgien-Luxemburg	3 122,9	3,7	+ 3,9	- 1,8
Frankreich	8 528,8	10,2	+ 3,0	- 3,7
Großbritannien	6 515,6	7,8	+ 22,2	+ 3,4
Italien	5 542,6	6,6	+ 3,5	- 7,2
Niederlande	4 157,6	5,0	+ 1,7	+ 3,1
Österreich	4 240,0	5,1	+ 0,8	+ 0,3
Schweden	1 851,3	2,2	+ 6,8	- 1,7
Spanien	3 293,0	3,9	+ 15,6	+ 11,2
EFTA-Länder ¹⁾	6 645,6	7,9	- 0,9	- 3,6
darunter				
Schweiz	5 925,5	7,1	- 2,5	- 5,4
Reformländer ²⁾	6 145,9	7,3	+ 28,7	+ 25,0
darunter				
Polen	1 249,9	1,5	+ 33,3	+ 33,0
Tschechische Republik ..	1 397,9	1,7	+ 19,0	+ 24,1
Ungarn	1 159,8	1,4	+ 26,9	+ 31,1
Rußland	1 051,0	1,3	+ 39,8	+ 25,2
Übriges Europa	2 397,2	2,9	+ 22,5	+ 26,1
Afrika	1 786,2	2,1	+ 7,7	- 4,8
Amerika	13 767,1	16,4	+ 31,8	+ 12,0
darunter				
Vereinigte Staaten	10 863,5	13,0	+ 35,1	+ 15,1
Asien	11 731,3	14,0	+ 0,7	+ 7,7
darunter				
Japan	2 889,7	3,4	- 5,9	+ 21,4
China	909,9	1,1	- 11,7	+ 24,2
ASEAN-Länder ³⁾	2 592,9	3,1	- 4,4	+ 3,1
Australien und Ozeanien ...	783,1	0,9	+ 10,9	+ 13,4
Insgesamt	83 817,1	100	+ 10,7	+ 4,3

1) Island, Svalbard, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz. – 2) Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, Polen, Tschechische Republik und Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. – 3) Thailand, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Brunei, Singapur, Philippinen.

zurückliegenden Jahren die Exporte gerade in der zweiten Jahreshälfte nochmals stärker tendierten. Allerdings war die Entwicklung auf Bundesebene mit einem Zuwachs von 14,6 % noch dynamischer. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sich ein erheblicher Teil der auf Bundesebene erfaßten Exporte nicht auf die einzelnen Bundesländer zurechnen läßt. Berücksichtigt man dies, verlief die Exportentwicklung auf Bundes- und Landesebene in etwa parallel.

Anstrengungen der vergangenen Jahre zeigen Wirkung

Nach schwierigen Jahren meldet sich die heimische Exportwirtschaft wieder eindrucksvoll auf den Weltmärkten zurück. Die starken Rationalisierungsanstrengungen, die sie zur Rückgewin-

nung ihrer Wettbewerbschancen unternommen hat, zeigen nun ihre Wirkung. Aber auch die umsichtige Tarifpolitik der Gewerkschaften, die sich stärker an den Produktivitätsfortschritten orientierte und weniger verteilungspolitisch motiviert war, leistete einen beträchtlichen Beitrag hierzu. Darüber hinaus setzten die Unternehmen in den letzten Jahren verstärkt auf neue und innovative Produkte. Gerade im Fahrzeugbau, der einen bedeutenden Beitrag zum neuerlichen Exportwachstum leistete, dürfte dies mit von entscheidender Bedeutung gewesen sein. Neue und attraktive Modelle, die durch Ausstattung und Design überzeugen, wurden zu Verkaufsschlägern im Ausland.

Wechselkurskorrekturen geben den Exporten zusätzlichen Schub

Aber auch die seit Mitte 1996 zu beobachtenden Wechselkurskorrekturen zugunsten der D-Mark dürften dem baden-württembergischen Außenhandel einen kräftigen Schub nach vorne gegeben haben. Der reale Außenwert der D-Mark – der neben den nominalen Wechselkursänderungen auch die unterschiedliche Preisentwicklung zwischen dem In- und Ausland berücksichtigt und damit Rückschlüsse auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zuläßt – hat von Juni 1996 bis Juni 1997 um rund 5 % nachgegeben und ist bis September 1997 nochmals um gut 1 % gefallen. Diese Entwicklung wurde überwiegend von dem starken Anstieg des US-Dollars und des britischen Pfundes geprägt. Die Verbilligung der heimischen Erzeugnisse schlägt sich nach bisheriger Erfahrung jedoch erst mit einer gewissen Verzögerung in einer steigenden Auslandsnachfrage nieder. Die volle Durchschlagskraft der Wechselkursverbesserungen wird wohl erst in den kommenden Monaten zum Tragen kommen und bis in das Jahr 1998 hineinreichen. Auch die fortschreitende konjunkturelle Belebung in Europa wird sich günstig auf die Exporte auswirken. Die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden im kommenden Jahr ihre große Bedeutung behalten, wenngleich die Zuwächse geringer ausfallen dürften. Für das Jahr 1998 sind daher die Perspektiven für die baden-württembergische Exportwirtschaft weiterhin gut. Dämpfend wird sich allerdings die Währungs- und Finanzkrise in Südostasien auswirken. Die Wachstumsprognosen für diese Region wurden bereits deutlich nach unten korrigiert.

Exportwirtschaft holt wieder auf

Behält der baden-württembergische Export sein dynamisches Wachstum bis zum Jahresende bei, wird er die Expansion des Welthandels deutlich übertreffen. Die baden-württembergische Exportwirtschaft wird damit nach sechs Jahren Durststrecke wieder ihre Weltmarktposition verbessern. Baden-Württemberg hatte 1990 noch einen Weltmarktanteil von rund 2 %, sechs Jahre später waren es gerade noch 1,6 % – immerhin ein Verlust von einem Fünftel. Auch andere Bundesländer haben seit Anfang der 90er Jahre in ähnlichem Umfang wie Baden-Württemberg Weltmarktanteile verloren. So ging beispielsweise auch der Anteil Bayerns an den weltweiten Exporten seit 1990 um 0,4 Prozentpunkte auf 1,4 % im Jahre 1996 zurück. Gemessen am Rückgang der Weltmarktanteile, hatte Nordrhein-Westfalen (- 0,8 Prozentpunkte) unter den westdeutschen Ländern den stärksten Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu beklagen.

Exporte nach Großbritannien ...

Im Windschatten einer außerordentlich robusten Binnenkonjunktur schnellten die Ausfuhren nach Großbritannien um mehr als ein Fünftel (22 %) in die Höhe. Großbritannien hat sich damit

auf den dritten Platz in der südwestdeutschen Exportrangliste vorgeschoben. Ausschlaggebend für diesen sprunghaften Anstieg war sicherlich auch die wechsellkursbedingte Verbilligung der baden-württembergischen Erzeugnisse. Von überdurchschnittlichem Erfolg waren auch die Exportaktivitäten in Spanien, Irland, Portugal und Finnland gekrönt, wo ebenfalls hohe zweistellige Zuwächse erzielt werden konnten. Dagegen agierten die baden-württembergischen Exporteure in Frankreich, Belgien, Italien und den Niederlanden – auf diese Länder entfallen immerhin mehr als ein Viertel der gesamten Ausfuhren – mit nur mäßigem Erfolg. Die Zuwächse liegen hier mehr oder weniger deutlich unter der 4%-Marke. Die Ausfuhren in die Schweiz leiden weiter unter der dort seit Jahren anhaltenden konjunkturellen Flaute und gingen um 4 % zurück.

... und den USA auf dem Vormarsch

Die Warenlieferungen in die Vereinigten Staaten überragen das Vorjahresniveau um gut ein Drittel und erreichten ein Volumen von fast 11 Mrd. DM. Damit bauten die Vereinigten Staaten ihre Stellung als wichtigster Regionalmarkt für baden-württembergische Exportartikel weiter aus. Der auf die Vereinigten Staaten entfallende Exportanteil beläuft sich mittlerweile auf 13 %. Die heimischen Güterexporte standen dabei ganz im Zeichen eines auffallend kräftigen Wachstums der amerikanischen Wirtschaft zu Jahresbeginn und der erheblich verbesserten Wechselkursrelationen. Positiv wirkte sich auch das nordamerikanische Freihandelsabkommen aus. Auch in Kanada und Mexiko gab es einen zweistelligen Zuwachs.

Probleme in Südostasien

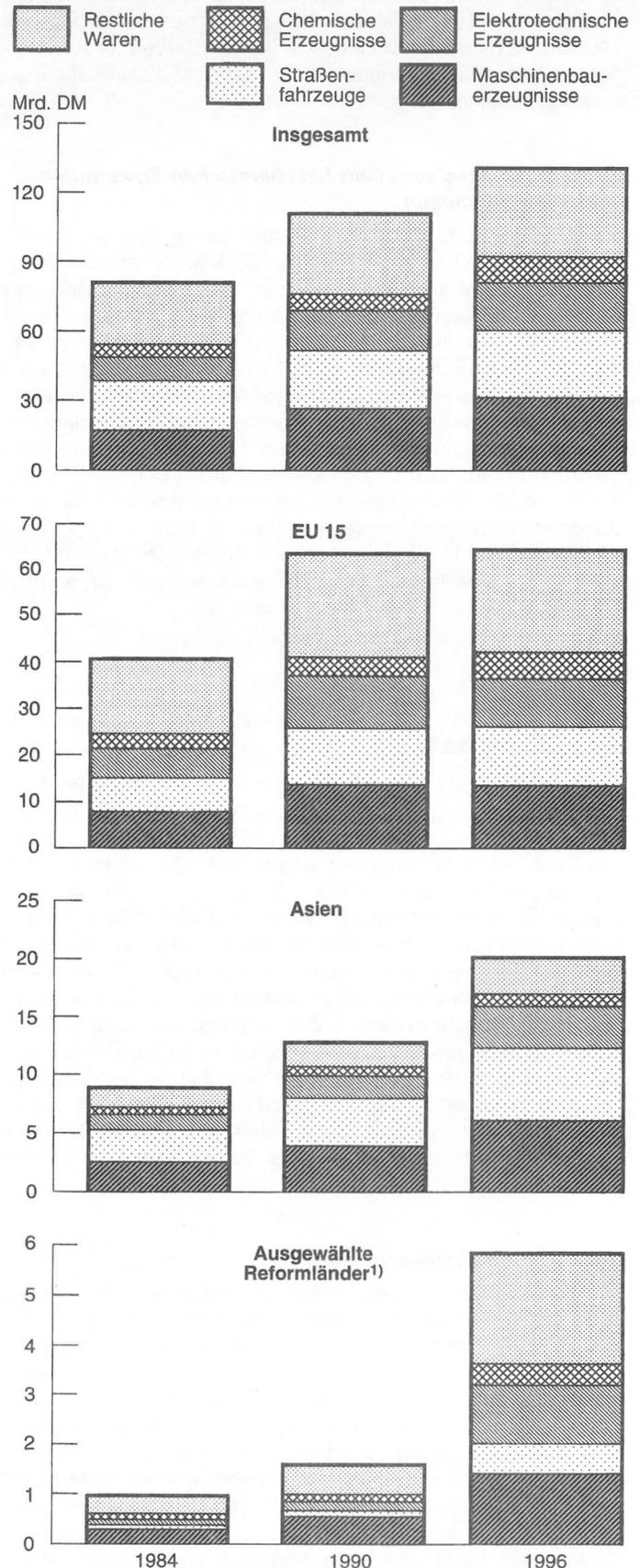
Bei den Ausfuhren in die Länder Ost- und Südasiens setzte sich die überaus positive Entwicklung der letzten Jahre nicht weiter fort. Nach einem Zuwachs von knapp 12 % im Jahr 1996 mußte im bisherigen Jahresverlauf ein Rückgang von gut einem Prozent hingenommen werden. Die Ursachen hierfür sind – allerdings nur sehr bedingt – in der seit Mitte des Jahres andauernden Währungs- und Finanzkrise zu suchen. Sicherlich dürften etwa im Falle Thailands erste Auswirkungen auf die baden-württembergischen Exporte bereits im Vorfeld der eigentlichen Krise zu spüren gewesen sein. Die zweistelligen Zuwächse in den anderen von der Währungskrise betroffenen ASEAN-Staaten zeigen aber, daß die eigentlichen Ursachen für das bisher schwache Exportergebnis für Südostasien woanders liegen.

Ausschlaggebend waren vielmehr die Exporte nach Südkorea, China und Japan, die ein Minus von 14 %, 12 % und 6 % aufwiesen. Die Wachstumsaussichten der koreanischen Wirtschaft haben sich infolge einer Reihe von Unternehmenszusammenbrüchen und einer ungünstigen Kostenentwicklung deutlich verschlechtert. Vor allem die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern leidet darunter. Gerade auch die in hohem Maße auf diese Güter spezialisierten baden-württembergischen Exporteure bekommen dies zu spüren. Auch in Japan dürften binnenwirtschaftliche Probleme für das schwache Exportergebnis verantwortlich sein. Die Anhebung der Mehrwertsteuer einerseits und der Wegfall von Einkommensteuererleichterungen andererseits dämpften die wirtschaftliche Entwicklung in einem weitaus größeren Umfang, als ursprünglich erwartet wurde. Die Exporte in Richtung China litten unter der dort seit Jahresbeginn vorherrschenden allgemeinen Importschwäche.

Die Exporte in die mittel- und osteuropäischen Länder sind abgesehen von wenigen Ausnahmen wieder stark gestiegen. Während Rumänien und Bulgarien noch erhebliche Probleme

Schaubild 9

Exporte Baden-Württembergs 1984, 1990 und 1996 nach Ländern und Waren



1) Polen, Ungarn, Tschechische Republik und Slowakei (1984 und 1990 Tschechoslowakei).

mit der Transformation ihrer Wirtschaft haben, befinden sich die anderen Länder bereits auf soliden Wachstumspfaden. Selbst die russische Wirtschaft scheint endlich Tritt zu fassen und dürfte erstmals nach Jahren wieder reale Zuwächse verzeichnen. Auch in den nächsten Jahren dürfte das immer noch erhebliche Modernisierungspotential dieser Volkswirtschaften für zweistellige Exportzuwächse, wie sie in der Mehrzahl dieser Länder zu verzeichnen sind, gut sein.

Exportzuwächse vor allem bei chemischen Erzeugnissen und Kraftfahrzeugen

Trotz Exportboom blieb die Güterstruktur der baden-württembergischen Ausfuhr relativ stabil. Die Maschinenbauerzeugnisse blieben in den ersten sieben Monaten von 1997 mit 21,2 Mrd. DM und einem Zuwachs von 10 % stärkste Warengruppe. Es folgten Kraftfahrzeuge mit 19,6 Mrd. DM, die elektrotechnischen Erzeugnisse mit 11,7 Mrd. DM und die chemischen Erzeugnisse mit einem Wert von 9,1 Mrd. DM. Während sich das Warenvolumen bei den Kraftfahrzeugen mit einem Anstieg um 14 % und vor allem bei den chemischen Erzeugnissen um 21 % überdurchschnittlich steigerte, belief sich der Zuwachs bei den elektrotechnischen Erzeugnissen auf lediglich 4 %. Hohe Zuwächse waren auch bei der Ausfuhr von NE-Metallen (+ 12 %) und Textilien (+ 11 %) zu verzeichnen. Moderater fielen die Zuwächse mit jeweils rund 8 % bei Eisenwaren und den feinmechanischen und optischen Erzeugnissen aus.

Bauwirtschaft

Das Baugewerbe hat auch 1997 für die wirtschaftliche Entwicklung an Bedeutung verloren. Selbst im Land der Häuslesbauer und Bausparer hat sich der Anteil des Baugewerbes an der realen Bruttowertschöpfung seit Beginn der 80er Jahre fast halbiert und beträgt nur noch knapp 5 %. Und dennoch hängt für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs noch viel von der Entwicklung der Bauwirtschaft ab. Ein Rückgang der Bauinvestitionen um eine Milliarde D-Mark verursacht wegen der bekannten Zulieferverflechtungen auch in anderen Bereichen Verluste in einer Größenordnung von etwa 470 Millionen D-Mark, davon knapp die Hälfte im Verarbeitenden Gewerbe. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die gegenwärtige Krise im Baugewerbe deutliche Spuren in der Wirtschaft Baden-Württembergs hinterläßt. Die von den Industriebranchen ausgehenden Wachstumskräfte werden abgeschwächt, ein höheres Wachstum verhindert.

Abwärtstrend schwächt sich ab

Im baden-württembergischen Bauhauptgewerbe setzt sich der im Jahr 1995 einsetzende Abwärtstrend bei den Auftragseingängen fort, allerdings in abgeschwächter Form. Von Januar bis September 1997 flossen die Aufträge an das Bauhauptgewerbe mit einem Minus von 7 % nochmals spärlicher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres, der Rückgang ist aber nur noch halb so stark. Im Gegensatz zum Vorjahr traf bis September die schwache Nachfrage den Hochbau (- 8 %) deutlich stärker als den Tiefbau (- 5 %). Vor allem die öffentliche Hand hielt sich als Bauherr weiter stark zurück. Nach Ablauf der ersten drei Quartale 1997 lagen die Auftragseingänge im öffentlichen Hochbau mit einem Minus von knapp 13 % und im öffentlichen Tiefbau mit 9 % nochmals weit unter dem Vorjahr. Im Zeichen leerer öffentlicher Kassen und steigender Aufwendungen im sozia-

Tabelle 9

Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1996 und 1997

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	1996	1. - 3. Quartal 1996	1. - 3. Quartal 1997
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 11,4	- 13,5	- 6,7
davon			
Hochbau	- 10,5	- 11,1	- 7,5
davon			
Wohnungsbau	- 12,1	- 12,7	- 7,9
Wirtschaftsbau ¹⁾	- 8,1	- 8,2	- 5,8
öffentlicher Bau ²⁾	- 11,4	- 13,8	- 12,5
Tiefbau	- 12,7	- 17,0	- 5,2
davon			
Straßenbau	- 8,8	- 12,8	- 0,2
Wirtschaftsbau ³⁾	- 3,7	- 5,0	- 6,6
öffentlicher Bau	- 20,1	- 25,8	- 9,1

1) Einschließlich landwirtschaftlicher Bau, Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. - 3) Einschließlich Deutsche Bahn AG und Postfolgeunternehmen.

len Bereich stellen insbesondere kommunale Bauherren Neubauvorhaben zurück oder streichen sie ganz. Selbst notwendige Modernisierungs- und Renovierungsarbeiten werden oftmals zeitlich gestreckt oder auf das notwendigste reduziert. Weil trotz Aufschwung die Wende am Arbeitsmarkt auf sich warten läßt, die Kosten der Arbeitslosigkeit auch im kommenden Jahr die öffentlichen Haushalte stark belasten werden, dürften von dieser Seite auch in nächster Zeit keine stärkeren Impulse zu erwarten sein. Der in den letzten Jahren aufgestaute Nachholbedarf sollte jedoch dafür sorgen, daß sich der Abwärtstrend weiter abflachen und die öffentliche Bautätigkeit sich zunehmend stabilisieren wird.

Trotz Preisrückgang und niedriger Zinsen: Wohnungsbau tendiert schwach

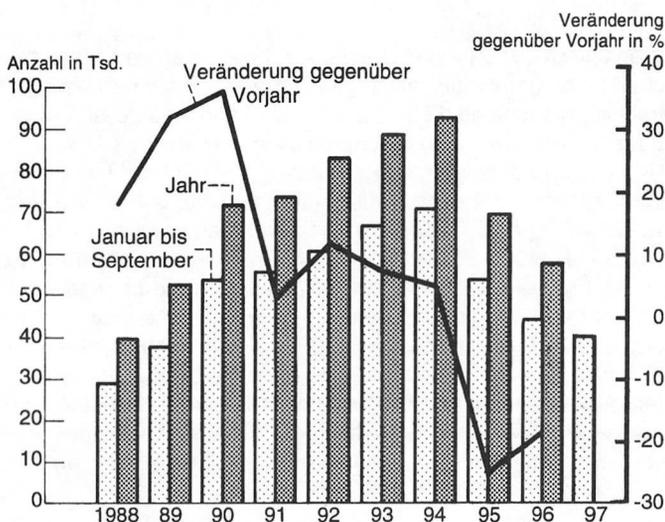
Nachdem die Auftragseingänge im Wohnungsbau bereits in den beiden Jahren zuvor um durchschnittlich gut 12 % gesunken sind, lagen sie auch 1997 in den ersten neun Monaten nochmals um knapp 8 % unter dem Vorjahresniveau. Gemessen an den prozentualen Veränderungen fiel die neuerliche Verschlechterung der Auftragslage zwar weniger stark aus als im öffentlichen Bau, die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation des Baugewerbes sind indes ungleich stärker, denn immerhin rund zwei Fünftel der Umsätze des Bauhauptgewerbes werden in der Sparte Wohnungsbau getätigt. Obwohl von den seit Jahren niedrigen Kapitalmarktzinsen und den eher rückläufigen Baupreisen das Gegenteil zu erwarten wäre, verschlechtert sich die Auftragslage im Wohnungsbau. Offensichtlich beeinträchtigen andere Faktoren - wie die Reduzierung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten, die Anhebung der Grunderwerbsteuer und die Umkehr bei der Mietpreisentwicklung - die Renditeerwartungen der Investoren, so daß die an sich günstigen Bedingungen auf der Kostenseite nicht zum Tragen kommen. Außerdem besteht Unsicherheit über die Auswirkungen einer eventuellen Steuerreform auf den Immobiliensektor. Die bekannten Reformwürfe lassen jedenfalls eine weitere Einschränkung von steuerlichen Anreizen erwarten.

Von daher überrascht es nicht, daß vor allem der Geschloßwohnungsbau schwach tendiert. Der neuerliche Rückgang der Neubaugenehmigungen war nämlich in hohem Maße von der Entwicklung im Mehrfamilienhausbau geprägt. Mit knapp 19 600 zum Neubau freigegebenen Wohnungen lag das Genehmigungsergebnis bei diesem Gebäudetyp bis September um gut ein Fünftel unter dem Vorjahresniveau. Aber auch im Zweifamilienhausbau blieben die erteilten Neubaugenehmigungen um annähernd 9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Der Nichtwohnbau mußte ebenfalls kräftig Federn lassen. Hier setzte sich die positive Richtung des Vorjahres nicht fort. Im Gegenteil: das genehmigte Neubauvolumen brach in den ersten drei Quartalen 1997 ein und fiel um mehr als ein Fünftel hinter das Vorjahresergebnis zurück.

Dramatisch entwickelten sich die Genehmigungen bei den Wirtschaftsunternehmen, der mit Abstand wichtigsten Bauherrengruppe im Nichtwohnbau. Das genehmigte Bauvolumen ging hier um 27 % zurück. Demgegenüber hat sich die seit 1996 eingeschlagene Aufwärtsentwicklung im Einfamilienhausbau gefestigt. Mit nahezu 14 100 Einheiten lag das Genehmigungsergebnis in den ersten neun Monaten 1997 um 19 % über dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Insofern zeigt das seit Anfang 1996 geltende Eigenheimzulagengesetz Wirkung, das an die Stelle des alten Paragraphen 10e getreten ist.

Auch die Auftragslage im gewerblichen und industriellen Bau hat sich im laufenden Jahr weiter verschlechtert. Allerdings sind die Aussichten für eine baldige Trendwende günstig. Die Kapazitätsauslastung und die Gewinnperspektiven der gewerblichen Wirtschaft haben sich verbessert und dürften die Neigung zur Erweiterung der bestehenden maschinellen Ausstattung wachsen lassen. Im Windschatten steigender Ausrüstungsinvestitionen ist auch mit einem Anziehen der Investitionen in die Erweiterung oder den Neubau von Fabrik-, Lager- oder Werkstattgebäuden zu rechnen.

Schaubild 10
Genehmigte Wohnungen*) in Baden-Württemberg seit 1988



*) In neu zu errichtenden Wohngebäuden.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

492 98

Rohbauleistung sinkt nochmals leicht

Dem schwachen Verlauf der Auftragseingänge folgend, ging die von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte reale Rohbauleistung nochmals leicht zurück. Allerdings fiel der Rückgang mit einem Minus von 1 % deutlich geringer aus, als auf Grund der Entwicklung der Auftragseingänge zu erwarten gewesen wäre. Weitgehend kompensiert wurde die schwache Auftragsentwicklung durch einen starken Abbau der Auftragsbestände. Bis September 1997 ging dadurch das Volumen der noch nicht erledigten Aufträge im Hochbau um rund 13 % und die im Tiefbau um knapp 8 % zurück.

Insolvenzen: Stagnation, aber noch keine Entwarnung

Nach sechs Jahren ununterbrochen ansteigender Insolvenzzahlen und drei Jahren mit neuen Insolvenzrekorden deutet sich in Baden-Württemberg im Jahr 1997 erstmals wieder ein Stillstand im Insolvenzgeschehen an. In den ersten drei Quartalen 1997 registrierten die Amtsgerichte 2 650 eröffnete oder mangels Masse abgelehnte Konkurs- oder Vergleichsverfahren, 0,5 % weniger als ein Jahr zuvor. Nach den bisherigen Erfahrungswerten dürfte die Zahl der Insolvenzen damit im gesamten Jahr in etwa bei 3 500 liegen, ähnlich hoch wie im Vorjahr.

Die sich abzeichnende Stagnation paßt zwar zur Entwicklung der letzten Jahre, in denen die Insolvenzen bereits prozentual nicht mehr so stark zugenommen hatten. Dennoch dürfte es verfrüht sein, bereits von einer Trendwende im Insolvenzgeschehen zu sprechen. Die Insolvenzentwicklung 1997 war nämlich – anders als in den Jahren 1995 und 1996 – nicht durch die Unternehmensinsolvenzen geprägt, sondern durch die übrigen Gemeinschuldner.

Neuer Rekord bei Unternehmensinsolvenzen

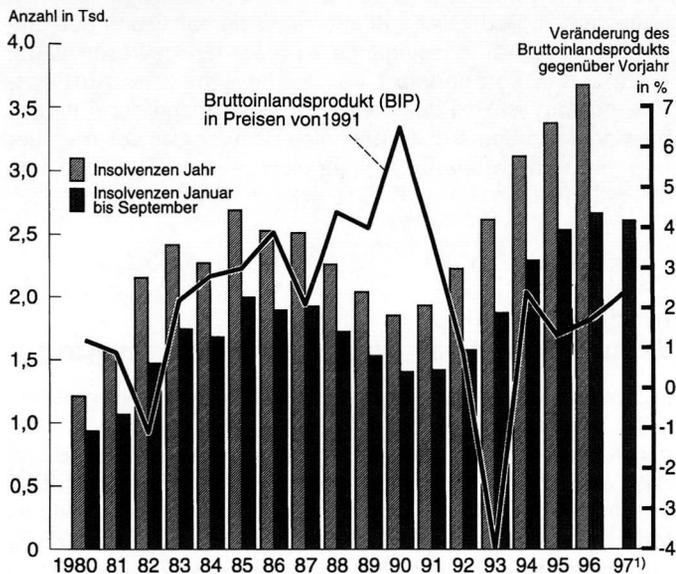
In den ersten drei Quartalen 1997 meldeten die Amtsgerichte bei den übrigen Gemeinschuldnern 15 % weniger Insolvenzfälle als ein Jahr zuvor, bei den Unternehmen dagegen 7,5 % mehr. Die Unternehmensinsolvenzen haben sogar wieder stärker zugenommen als 1996 (+ 5,5 %) und dürften 1997 ein neues Rekordniveau erreichen. Ohne den starken Rückgang bei den übrigen Gemeinschuldnern wäre die Gesamtzahl der Insolvenzen also weiter gestiegen. Insgesamt beantragten von Januar bis September 1 870 Unternehmen und 780 übrige Gemeinschuldner die Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens.

Deutliche Verschlechterung bei Bau und Handel

Unter den vier Wirtschaftszweigen mit den höchsten Insolvenzzahlen im Unternehmenssektor hat sich lediglich im Verarbeitenden Gewerbe die Insolvenzsituation entspannt. Die nunmehr seit einiger Zeit wieder bessere Ertragslage der Unternehmen ließ die Insolvenzen in diesem Wirtschaftsbereich in den ersten neun Monaten 1997 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um rund 18 % auf 313 Fälle zurückgehen.

Deutlich verschlechtert hat sich die Situation dagegen insbesondere im Handel und im Baugewerbe, aber auch im Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen. Die Unternehmen des Handels litten unter der anhaltenden Konsumflaute, so daß 470 Unternehmen, 27 % mehr als 1996, in den ersten neun Monaten 1997 wegen Zahlungsschwie-

Insolvenzen*) im Konjunkturverlauf Baden-Württembergs seit 1980



*) Ohne Anschlußkonkurse. – 1) Bruttoinlandsprodukt geschätzt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

491 97

rigkeiten aufgeben mußten. Auch die Durststrecke im Baugewerbe war für 399 Unternehmen zu lang. Dort wurden von Januar bis September 1997 14 % mehr Insolvenzfälle registriert als ein Jahr zuvor. Im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich unternehmensorientierter Dienstleistungen nahmen die Insolvenzen prozentual zwar nicht mehr so stark zu, lagen mit 376 Fällen jedoch immer noch 6 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Insgesamt hat sich die Situation für die Unternehmen in Baden-Württemberg im Jahr 1997 weiter verschlechtert. Dabei ist die Häufigkeitsrelation innerhalb des früheren Bundesgebiets noch vergleichsweise günstig. Der Vorsprung Baden-Württembergs hinsichtlich der Insolvenzgefährdung vor Bayern und Rheinland-Pfalz dürfte aber geschrumpft sein. In diesen Bundesländern gingen die Unternehmensinsolvenzen von Januar bis Juli 1997 binnen eines Jahres zurück, während im Südwesten mehr insolvente Unternehmen registriert wurden. Im Jahr 1996 hatte Baden-Württemberg mit 59 Insolvenzfällen je 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen die geringste Insolvenzhäufigkeit, gefolgt von Bayern mit 66 und Rheinland-Pfalz mit 70.²

Auch 1998 hohe Insolvenzzahlen

Angesichts weiterhin gedämpfter Ertragsaussichten im Baugewerbe und im Handel ist zu erwarten, daß die Unternehmensinsolvenzen auch 1998 hoch bleiben. Das Baugewerbe leidet unter dem anhaltenden Sparkurs der öffentlichen Haushalte und der geringen Nachfrage von privaten Haushalten und gewerblichen Investoren nach Wohnungen und Wirtschaftsbauten. Auch die Konsumbereitschaft der privaten Haushalte dürfte wegen

der hohen Arbeitslosigkeit und geringer Reallohnsteigerungen zurückhaltend bleiben, so daß die Insolvenzgefahr bei den Handelsunternehmen anhalten wird. Der zu erwartende weitere Rückgang der Unternehmensinsolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe dürfte kaum ausreichen, die Zunahme der Insolvenzen im Baugewerbe und Handel auszugleichen.

Gewerbebeanmeldungen stark dienstleistungsorientiert

Die Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik für die ersten acht Monate deuten darauf hin, daß im Jahr 1997 wieder fast 100 000 Gewerbebeanmeldungen bei den baden-württembergischen Gewerbeämtern eingingen. Von Januar bis August lag die Zahl der Gewerbebeanmeldungen bei 67 000, 0,3 % höher als ein Jahr zuvor. Nicht bei allen Gewerbebeanmeldungen handelt es sich um Existenzgründungen. Auch ist gemäß der Gewerbeordnung bei den örtlichen Gewerbeämtern nicht nur im Fall einer Neugründung oder bei Übernahme einer Haupt- oder Zweigniederlassung eine Gewerbebeanmeldung abzugeben, sondern auch bei Zuzug aus einem anderen Meldebezirk. Unter den 67 000 Gewerbebeanmeldungen während der ersten acht Monate 1997 waren 48 500 neu errichtete und 10 000 übernommene Hauptniederlassungen. Damit ergaben sich insgesamt 58 500 Anmeldungen, hinter denen eine Absicht zur Existenzgründung stehen könnte.

Die mit Abstand meisten dieser Anmeldungen wurden von Januar bis August 1997 in den Wirtschaftszweigen Handel sowie Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen gezählt. Alleine auf diese beiden Wirtschaftsbereiche entfielen – wie bereits ein Jahr zuvor – über 55 % aller potentiellen Existenzgründungen. Aber auch das Gastgewerbe und andere Dienstleistungsbereiche waren attraktive Wirtschaftsbereiche. Insgesamt versuchten acht von zehn potentiellen Existenzgründern auf dem Dienstleistungssektor Fuß zu fassen. Die Zahl der neugegründeten Dienstleistungsunternehmen dürfte in Wirklichkeit sogar noch höher liegen, denn nach der Gewerbeordnung sind bestimmte Tätigkeiten, wie beispielsweise die freien Berufe, also Ärzte, Rechtsanwälte, Notare und Wirtschaftsprüfer, nicht meldepflichtig.

Wenngleich die Zahl der Gewerbebeanmeldungen seit Mitte der 80er Jahre fast kontinuierlich gestiegen ist, machen sich die Ertragsaussichten und damit der Konjunkturverlauf durchaus in der Bereitschaft zur Selbständigkeit bemerkbar. So haben die Gewerbebeanmeldungen im Rezessionsjahr 1993 nicht mehr so stark zugenommen wie in der Hochkonjunkturphase 1990 bis 1992. Im Jahr 1996 gingen die Gewerbebeanmeldungen sogar zurück, und 1997 ist nur eine geringe Zunahme zu erwarten. In dieser Entwicklung dürfte sich insbesondere die schwache Ertragsentwicklung im Handel widerspiegeln. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch im Jahr 1998 mit einer eher schwachen Zunahme der Gewerbebeanmeldungen zu rechnen. Differenziertere Aussagen über die Entwicklung der Gewerbebeanmeldungen und deren Abhängigkeit von der konjunkturellen Lage sind möglich, wenn für die noch junge Gewerbeanzeigenstatistik längere Zeitreihen vorliegen.³

² Vgl. Angele, Jürgen: Insolvenzen 1996, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 4/1997, S. 231.

³ Die bundeseinheitliche Gewerbeanzeigenstatistik wurde erst zu Beginn des Jahres 1996 eingeführt.

Tabelle 10

Gewerbeanmeldungen in Baden-Württemberg 1996 und 1997 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Gewerbeanmeldungen ¹⁾			Darunter potentielle Existenzgründungen ²⁾		
	Januar bis August 1997	Januar bis August 1996	Jahr 1996	Januar bis August 1997	Januar bis August 1996	Jahr 1996
Insgesamt	67 072	66 901	98 809	58 540	58 504	86 288
darunter						
Handel	23 239	23 337	34 640	19 483	19 782	29 322
Grundstücks- und Wohnungswesen einschließlich Dienstleistungen für Unternehmen	14 672	15 019	22 095	13 070	13 390	19 680
Gastgewerbe	6 025	6 040	8 930	5 713	5 710	8 436
Baugewerbe	5 272	5 108	7 369	4 695	4 568	6 526
Verarbeitendes Gewerbe	3 724	3 936	5 783	3 184	3 302	4 835

1) Echte und sonstige Neuerrichtungen von Haupt- und Zweigstellen, Neuerrichtungen wegen Verlagerung sowie Übernahmen. – 2) Neuerrichtungen und Übernahmen von Hauptniederlassungen.

Öffentliche Finanzen

Die öffentlichen Haushalte waren 1997 vor allem durch Einnahmeausfälle geprägt. Um weitere Defizite zu vermeiden, wurden somit starke Sparanstrengungen notwendig. Darüber hinaus war die Finanzpolitik vom Ziel geprägt, die Referenzwerte des Vertrags von Maastricht einzuhalten. Danach soll das gesamtdeutsche Haushaltsdefizit auf maximal 3 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt werden.

In den vergangenen Jahren haben zusätzliche Ansprüche an den Staat, aber auch die Finanzierung der deutschen Einheit sowie die zunehmende Arbeitslosigkeit dazu geführt, daß die privaten Haushalte und Unternehmen zunehmend durch Steuern und andere Abgaben belastet wurden. Die Abgabenquote (Anteil der Steuern und Sozialbeiträge am Bruttoinlandsprodukt) belief sich 1996 schließlich für das gesamte Bundesgebiet auf 43,1 %, 1995 lag sie infolge höherer Steuerabgaben noch bei 43,7 %. Allerdings war diese Quote 1990 noch wesentlich niedriger und betrug 40,5 %. Der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt belief sich 1996 auf 23,2 % gegenüber 24,2 % im Jahr 1995. Die Sozialbeitragsquote, die den Anteil der Sozialbeiträge an der gesamtwirtschaftlichen Leistung ausdrückt, stieg indessen auf 19,9 % an; 1990 lag sie noch bei 17 %, stieg aber in den 90er Jahren kontinuierlich an.

Die Ausgaben des öffentlichen Sektors (Deutschland insgesamt) beliefen sich 1996 nur auf 50 % des Bruttoinlandsprodukts nach 57,5 % im Jahr 1995. Im Jahr 1990 waren es noch 46,1 %. Die Zunahme gegenüber 1990 ist auch durch das verhaltene wirtschaftliche Wachstum in den Jahren nach 1991 bei zugleich stark steigender Arbeitslosigkeit bedingt. Die Ausgaben beliefen sich seit 1993 auf über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts, wobei sich die Übertragungen seit Anfang der 90er Jahre auf etwa ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts belaufen; nur im Jahr 1995 lag dieser Anteil mit etwa drei Zehnteln etwas höher. Die Ausgaben der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung (Bundesgebiet) entfielen 1996 zu 49 % auf Übertragungen, 1995 waren es noch 55 %. Das Ausmaß der Transferzahlung ist zum einen auf die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch auf die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung zurückzuführen.

Weiterhin fielen 1996 rund 40 % auf den Staatsverbrauch, der zum Beispiel die allgemeine staatliche Verwaltung, die Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, aber auch das Unter-

richtswesen, Gesundheitswesen, die Soziale Sicherung sowie das Wohnungswesen umfaßt. Auf die Bruttoinvestitionen entfielen 1996 zudem 4,3 % der gesamten Ausgaben nach 4,2 % im Vorjahr. 1980 wurden dagegen noch 7,4 % der Ausgaben für Investition eingesetzt. 1970 waren es sogar noch 11,8 %.

Bei den Ausgaben der öffentlichen Haushalte haben insbesondere die Zinszahlungen für öffentliche Schulden deutlich zugenommen. So beliefen sich die Zinsen für öffentliche Schulden 1996 im gesamten Bundesgebiet in Höhe von rund 131 Mrd. DM ebenso wie im Vorjahr auf 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Jedoch ist dieser Anteil seit Beginn der 80er Jahre beachtlich gestiegen. So lag 1990 der Anteil noch bei 2,6 % und 1980 sogar nur bei 2 %. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte Deutschlands belief sich Ende 1996 nach Angaben der Deutschen Bundesbank auf rund 2 130 Mrd. DM. Auf die Verschuldung der westdeutschen Länder entfielen dabei 477 Mrd. DM, auf die westdeutschen Gemeinden rund 161 Mrd. DM. Das bedeutet in den westdeutschen Ländern eine Verschuldung pro Kopf von 7 186 DM, für die westdeutschen Gemeinden errechnet sich je Einwohner ein Betrag von 2 495 DM.

Der Schuldenstand der westlichen Länder stieg damit seit 1991 um 37 % und der der westdeutschen Gemeinden um 26 %. Demgegenüber stieg die Verschuldung der gesamten öffentlichen Haushalte Deutschlands im gleichen Zeitraum insgesamt um 82 %.

Deutlich geringer ist die Pro-Kopf-Verschuldung von Baden-Württemberg. So belief sich die Gesamtverschuldung des Landes Ende 1996 auf rund 53,4 Mrd. DM. Das sind je Einwohner 5 162 DM. Dabei nahm die Verschuldung des Landes von 1995 bis 1996 um 6,5 % zu, die Verschuldung je Einwohner um 6 %. Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1996 auf 17,1 Mrd. DM (-0,4 %); das waren je Einwohner 1 654 DM gegenüber 1 669 DM im Jahr 1995.

Geringere Steuereinnahmen als erwartet

Die Steuereinnahmen beliefen sich für das Land im Jahr 1996 auf 38,7 Mrd. DM (+ 1,8 %). In den ersten drei Quartalen 1997 konnten Steuereingänge in Höhe von 27,2 Mrd. DM verbucht werden; das waren 3,8 % weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Danach waren über sieben Zehntel der gesam-

Tabelle 11

Abgabenquote, Steuerquote, Ausgabenquote und Zinsen auf öffentliche Schulden Deutschlands^{*)} seit 1980

Merkmal	1980	1990	1994	1996
	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %			
Steuern und Sozialbeiträge	42,8	40,5	43,6	43,1
Steuereinnahmen	25,9	23,6	24,4	23,2
Sozialbeiträge	16,9	16,9	19,3	19,9
Ausgaben	49,0	46,1	50,1	50,0
Zinsen auf öffentliche Schulden	0,6	0,9	0,9	1,0

*) Bis einschließlich 1990 früheres Bundesgebiet.

ten Ausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt, wobei diese Quote seit 1994 jedoch kontinuierlich abnahm. Die ergiebigste Steuer war die Steuer auf das Einkommen. Die Einnahmen aus dieser Steuer beliefen sich in den ersten drei Quartalen 1997 auf rund 14,3 Mrd. DM und lagen damit um 2,2 % unter dem Vorjahreswert. Die Steuern vom Umsatz gingen dagegen um 0,9 % zurück. Die reinen Landessteuern beliefen sich vom ersten bis zum dritten Quartal 1997 auf 3,7 Mrd. DM. Das waren 16 % weniger als im Vorjahr. Wichtigste Einzelsteuer unter den Landessteuern war die Kraftfahrzeugsteuer, die gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 4 % gestiegen ist. Rückläufig war bei den Landessteuern vor allem die Vermögensteuer (- 80 %). Außerdem konnte das Land Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit in Höhe von rund 0,8 Mrd. DM (+ 7,7 %) sowie laufende Zuweisungen, Zuschüsse und Schuldendiensthilfen in Höhe von 6,2 Mrd. DM verbuchen. An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden insgesamt rund 8,7 Mrd. DM (+ 29,5 %) gebucht. Diesen Einnahmen aus Schuldenaufnahmen stehen 6,9 Mrd. DM Tilgungsausgaben gegenüber. Die Nettokreditaufnahme belief sich damit auf rund 1,9 Mrd. DM. Die Nettokreditermächtigung des Haushaltsplans 1997 beträgt 1,6 Mrd. DM.

Bei den den Gesamteinnahmen von 36,2 Mrd. DM (- 2,4 %) gegenüberstehenden Gesamtausgaben von 38,3 Mrd. DM (- 2,9 %) entfielen 16,7 Mrd. DM auf die Personalausgaben, die gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,2 % stiegen. Die Personalausgaben beliefen sich damit bis zum Ablauf des dritten Quartals 1997 auf rund 44 % der unbereinigten Gesamtausgaben. Im gesamten Jahr 1996 beliefen sich die Personalausgaben - wie schon 1995 - auf rund 41 % der unbereinigten Gesamtausgaben. Für Sachinvestitionen wurden insgesamt 0,56 Mrd. DM ausgegeben (- 19,3 %). Die Baumaßnahmen, die unter anderem den Bau von Schulen, Hochschulen, Hochschulkliniken, Behördengebäuden und den Bau von Straßen einschließen, beliefen sich auf rund 0,4 Mrd. DM und sanken um 14,6 %.

Geringere Ausgaben bei den Kommunen

Die baden-württembergischen Kommunen (Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände) hatten in diesem Jahr weniger Ausgaben als im Vorjahr bei merklich sinkenden Einnahmen. Die bereinigten Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände betragen in den ersten drei Quartalen 1997 insgesamt 25,8 Mrd. DM (- 4,1 %). Die Nettosteuerereinnahmen (also ohne die Gewerbesteuerumlage) lagen bei 9,2 Mrd. DM und

sanken insgesamt um 2,7 %. Dabei sank insbesondere die Gewerbesteuer (netto) um 1,2 %, während der Gemeindeanteil der Einkommensteuern um 8,1 % sank. Ein Anstieg war auch bei den Grundsteuern festzustellen.

Die Ausgaben aller Gemeinden/Gemeindeverbände betragen (bereinigt) nach den ersten neun Monaten 1997 rund 27 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ist dies eine geringe Abnahme um 1,8 %. Große Ausgabenpositionen waren die Personalausgaben mit 7,0 Mrd. DM (- 0,6 %), der laufende Sachaufwand mit rund 5 Mrd. DM (+ 1,1 %) sowie die Sozialleistungen mit rund 4,4 Mrd. DM (- 10,6 %). Geringere Zunahmen sind dagegen bei den investiven Ausgaben festzustellen. Die Sachinvestitionen stiegen in den ersten drei Quartalen 1997 gegenüber 1996 um 1,9 % auf 4,6 Mrd. DM an.

Leichter Preisauftrieb

Der Preisauftrieb hat sich im Laufe des Sommers 1997 leicht beschleunigt. In dieser Entwicklung schlägt sich die Höherbewertung des US-Dollars nieder, aber auch die Erhöhung administrativer Preise wie Rezeptgebühren, Postgebühren oder die neue Kraftfahrzeugsteuer. Die Verbraucherpreise in Baden-Württemberg sind 1997 bis einschließlich November gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 1,6 % gestiegen. Im Vorjahr lag die Steigerungsrate noch bei 1,2 %.

Symptomatisch für den Preisanstieg auf niedrigem Niveau war die Entwicklung der für die Wohnungsnutzung anfallenden Mieten und Energiepreise, die zusammen knapp zu einem Viertel in die Indexberechnung eingehen. Beide haben die rückläufige Tendenz der Vorjahre nicht fortgesetzt und beschleunigen wieder stärker. Für Wohnungsmieten müssen wieder 2,2 %, für Energie 0,9 % mehr bezahlt werden als im Vorjahr. Ohne Wegfall des Kohlepennings wären die Energiepreise wohl stärker gestiegen. Entscheidend für die insgesamt mäßige Entwicklung der Verbraucherpreise waren die Verbrauchs- und Gebrauchsgüterpreise abseits des Lebensmittelsektors. Dieser Bereich trägt knapp zur Hälfte zum Gesamtergebnis bei und lag im Preisanstieg nur halb so hoch wie der Preisindex insgesamt.

Überhaupt hat sich die schwache Binnen- und vornehmlich auch die Verbrauchskonjunktur dämpfend auf die Preisentwicklung ausgewirkt, weil sich Preisanhebungen nur schwer durchsetzen lassen. Auch auf den vorgelagerten Handelsstufen waren 1997 im Inland nur wenig Preisbewegungen zu beobachten. Die Tarifabschlüsse blieben moderat und die Lohnstückkosten sanken stark genug, um die Anhebung der Importpreise zu neutralisieren. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte blieben von daher im ersten Halbjahr 1997 weitgehend stabil und zeigten erst im Sommer Bewegung. Im dritten Quartal lagen sie 1,4 % über dem Vorjahreswert. Auch im Handel zogen die Preise im dritten Quartal merklich an, und zwar im Großhandel von 2 % im ersten Halbjahr auf 2,9 % und im Einzelhandel von 0,4 % auf 0,7 %.

Der Antrieb für die Preisbewegungen kam im wesentlichen aus dem Ausland. Die Weltmarktpreise für Rohstoffe waren kräftig gestiegen und lagen im August 1997 um 21 % über dem Vorjahr. Auch der Höhenflug des Dollars verfehlte seine Wirkung nicht. Die Einfuhrpreise, die bereits im ersten Halbjahr um 2,7 % über Vorjahresniveau lagen, zogen im dritten Quartal nochmals kräftig an, und zwar um 4,6 %. Von daher wirkt es beruhigend, daß sich der DM-Außenwert zum Jahresende hin wieder gefestigt hat und auch die Einfuhrpreise nicht weiter gestiegen sind. Dies scheint mit Blick auf die anziehende Binnenkonjunktur und

Tabelle 12

Entwicklung ausgewählter Preisindizes Baden-Württembergs und Deutschlands seit 1991

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

Jahr	Außenhandel		Industrie	Handel		Lebenshaltung	
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	Großhandelsverkaufspreise	Einzelhandelspreise	alle privaten Haushalte	
	Deutschland						Baden-Württemberg
1991	+ 1,4	.	.	+ 3,7
1992	- 2,4	+ 0,7	- 1,4	+ 0,1	+ 2,6	+ 5,1	+ 3,8
1993	- 1,5	0,0	+ 0,2	- 0,9	+ 2,0	+ 4,5	+ 3,8
1994	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,7	+ 2,6
1995	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,9
1996	+ 0,5	+ 0,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,2
1997							
1. Quartal	+ 2,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,6
2. Quartal	+ 2,7	+ 1,2	+ 1,1	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,6	+ 1,3
3. Quartal	+ 4,6	+ 2,2	+ 1,4	+ 2,9	+ 0,7	+ 1,9	+ 1,7
1. - 3. Quartal	+ 3,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,5

die für April beschlossene Mehrwertsteuererhöhung um einen Prozentpunkt auch nötig, um die damit verbundenen Inflationstendenzen in Schach zu halten. Von Seiten der Tarifabschlüsse sind indessen kaum preistreibende Auswirkungen zu erwarten, so daß sich 1998 die Preissteigerungen im Rahmen von + 2,5 % halten könnten (*Schaubild 12*).

Verfügbare Einkommen kaum gestiegen

Die Einkommensentwicklung im Jahr 1997 ließ den Bürgern im Südwesten Deutschlands kaum Spielraum für höhere Ausgaben. Wie in den Jahren zuvor waren in den ersten sechs Monaten 1997 die Einkommen, die die Bürger zur Verfügung hatten, nur geringfügig gestiegen. Ursächlich für diese Entwicklung waren neben dem Stellenabbau, daß die Tarifabschlüsse moderat ausfielen und die Sozialabgaben weiter stiegen. Hinzu kam, daß Umverteilungsleistungen des Staates zur Sicherung des Lebensunterhalts der nicht aktiv im Wirtschaftsprozeß stehenden Bevölkerung, wie Renten und Pensionen, Arbeitslosengeld, Kindergeld und weitere Sozialleistungen, nicht mehr das Niveau des Vorjahres erreichten. Ohne den vergleichsweise kräftigen Anstieg bei den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wäre der Zuwachs der verfügbaren Einkommen noch geringer ausgefallen.

Diese Ergebnisse lassen sich aus der Entwicklung der verfügbaren Einkommen im Bundesgebiet ableiten.⁴ Im Jahr 1997 dürften sich die Einkommen in Baden-Württemberg allerdings etwas besser entwickelt haben als im gesamten Bundesgebiet, nachdem die Einkommenszuwächse im Südwesten in den wirt-

schaftlich schwächeren Jahren geringer waren als im gesamten Bundesgebiet. Dafür spricht, daß die baden-württembergische Wirtschaft seit 1996 innerhalb des Bundesgebiets wieder aufholt, was sich in einer günstigeren Ertrags- und damit auch Beschäftigungslage äußert. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, dem Wirtschaftsbereich, der hierzulande große Bedeutung hat und in dem vergleichsweise hohe Arbeitnehmerinkommen erzielt werden, war der Stellenabbau 1997 nicht so stark wie im gesamten Bundesgebiet.

Bundesweit lagen die verfügbaren Einkommen im ersten Halbjahr 1997 um 2,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Unter Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten hatten die Bundesbürger real ein um knapp 1 % höheres Budget für Waren- und Dienstleistungskäufe als ein Jahr zuvor. Die Bruttolöhne und -gehälter, deren Zuwächse bereits 1996 deutlich schwächer waren als 1995, gingen 1997 sogar leicht zurück. Wegen der höheren Abgabenbelastung fiel diese Abnahme in der Nettobetrachtung noch stärker aus. Auch die staatlichen Transferzahlungen an die Haushalte gingen im Zuge der Sparmaßnahmen leicht zurück, nachdem diese in den Jahren 1995 und 1996 noch um 5 bzw. 1 % zugenommen hatten.

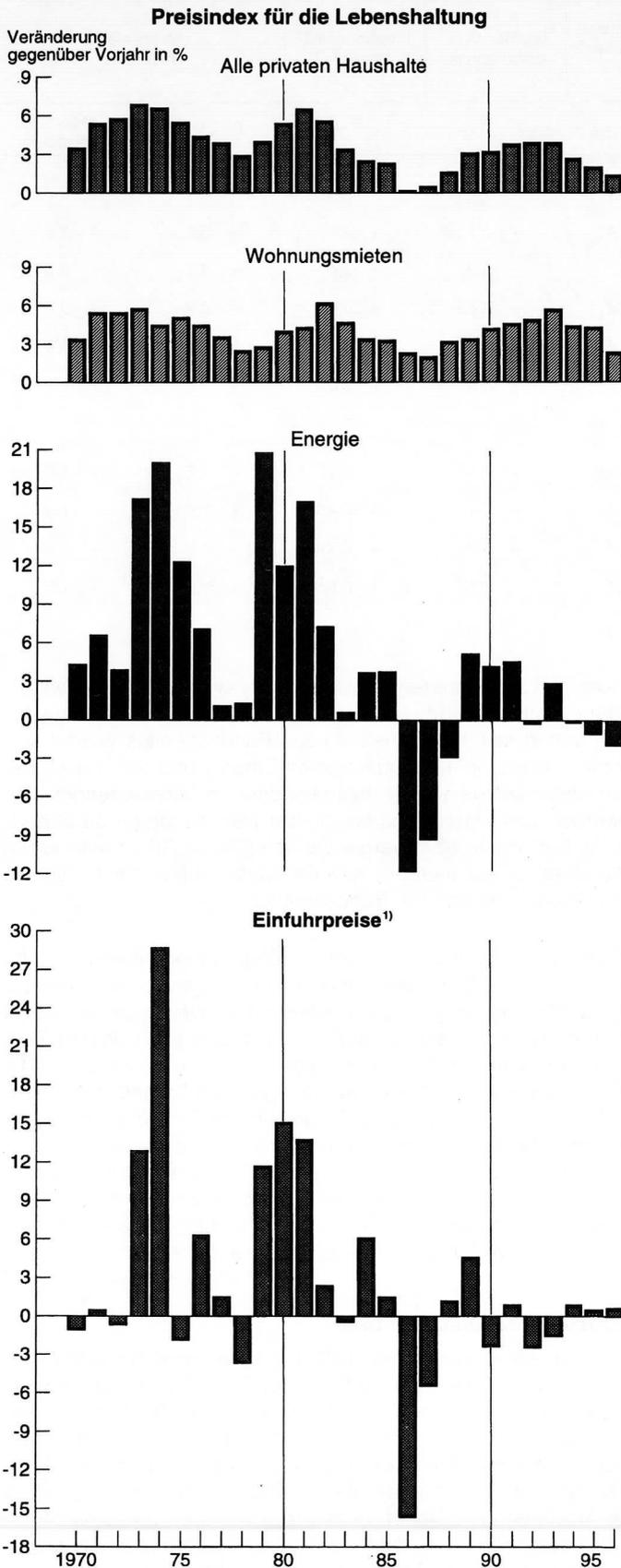
Erneute Reallohnseinbußen

Wie bereits in den Jahren 1994 und 1995 haben die Arbeitnehmer im ersten Halbjahr 1997 erneut Einbußen bei den realen Nettolöhnen hinnehmen müssen. Die aktuellen Reallohnverluste ergaben sich nach sehr moderaten Tarifabschlüssen und der Erhöhung der Sozialabgaben. Im Bundesgebiet hat sich seit 1995 die jährliche Zuwachsrate bei den Bruttolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmer halbiert, betrug in den ersten sechs Monaten 1997 aber noch 1,7 %. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben blieben jedem Arbeitnehmer netto nur noch 0,2 % mehr vom Lohn und Gehalt. Damit konnte nicht einmal der schwache Preisauftrieb von 1,6 % bei den Kosten für die Lebenshaltung

⁴ Daten über die Einkommensentwicklung in Baden-Württemberg liegen derzeit nur bis 1994 bzw. 1995 vor.

Schaubild 12

Entwicklung ausgewählter Preisindizes in Baden-Württemberg seit 1970



1) Bis 1990 früheres Bundesgebiet; ab 1991 Deutschland.

wettgemacht werden, so daß jedem Arbeitnehmer real weniger Nettolohn- und -gehalt zur Verfügung stand als 1996. Damit hat sich die Einkommenslage der Arbeitnehmer verschlechtert, nachdem sie ein Jahr zuvor noch von den Entlastungen durch das Jahressteuergesetz 1996 profitiert hatten. Dieses ließ 1996 noch einen Zuwachs der Nettolöhne und -gehälter zu, der die Preissteigerungen mehr als ausgleichen konnte (Tabelle 13, Schaubild 13).

Lohnkosten der Arbeitgeber wieder stärker gestiegen

Die Lohnkosten der Unternehmen je Arbeitnehmer haben im ersten Halbjahr 1997 mit 2,6 % zwar nicht mehr so stark zugenommen wie noch in den Jahren 1992 bis 1995, der Zuwachs fiel jedoch etwas stärker aus als 1996, und dies, obwohl die Bruttolöhne und -gehälter 1997 nicht mehr so stark zunahmen wie zuvor. Der Grund für diese Entwicklung war, daß die Arbeitgeber höhere Sozialbeiträge abführen mußten. Im ersten Halbjahr sind die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um gut 4 % gestiegen, doppelt so stark wie 1996. Ohne die noch maßvolleren Tarifabschlüsse zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wären 1997 die von den Unternehmen gezahlten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer noch weitaus stärker gestiegen.

Anhand dieser Entwicklungen wird deutlich, wie stark der Faktor Arbeit derzeit durch Sozialbeiträge der Arbeitgeber belastet wird und wie dringlich daher eine Senkung der Lohnzusatzkosten ist. Ein Schritt in diese Richtung dürfte nicht nur bei den Arbeitgebern die Bereitschaft zu Neueinstellungen erhöhen, sondern auch über eine Stärkung der bisher noch schwachen Konsumnachfrage der Konjunktur wichtige zusätzliche Antriebskräfte verleihen.

Einzelhandel

Im sechsten Jahr hintereinander blieb der private Verbrauch deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück. Gemessen an den Einzelhandelsumsätzen, mit deren Hilfe sich der Zustand des privaten Verbrauchs charakterisieren läßt, ist nach und nach ein erster schwacher Silberstreif am Horizont zu sehen. Nachdem sich die Umsätze des Einzelhandels nach einer steilen Talfahrt in den Jahren 1995 und 1996 zunehmend stabilisierten, tendierten sie in den ersten neun Monaten des Jahres 1997 wieder etwas fester. Von Januar bis September stiegen die nominalen Umsätze um 1,2 % und real immerhin noch um 0,7 % an. Damit konnte sich der baden-württembergische Einzelhandel deutlich von der schwachen Entwicklung auf Bundesebene absetzen. Die Einzelhandelsumsätze lagen dort nominal um 1 % und real sogar um 2 % unter dem Vorjahresniveau.

Konsum leidet weiter unter der Einkommensentwicklung

Entscheidend für die Schwäche des privaten Verbrauchs war vor allem der geringe Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen. Moderate Lohnerhöhungen, Stellenabbau und ein merklicher Anstieg der Sozialabgaben ließen nur wenig Spielraum für die Expansion des privaten Verbrauchs. Stark gelitten hat darunter auch der Geschäftsverlauf des Einzelhandels, auf den immerhin gut 40 % des privaten Verbrauchs in Baden-Württemberg entfallen. Zu schaffen machen dem Einzelhandel aber auch die strukturellen Verschiebungen innerhalb des privaten Verbrauchs. Die meisten Konsumgüterparten konnten selbst von dem geringen Anstieg der verfügbaren Einkommen kaum profitieren. Stei-

Tabelle 13

Einkommensentwicklung in Baden-Württemberg und in Deutschland¹⁾ seit 1980

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer ¹⁾				Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer				Verfügbares Einkommen je Einwohner			
	Baden-Württemberg		Deutschland		Baden-Württemberg		Deutschland		Baden-Württemberg		Deutschland	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
DM												
1980	36 558	49 807	36 150	48 458	21 296	29 014	21 180	28 391	16 056	21 875	15 600	20 911
1994	62 597	56 649	58 080	51 489	33 057	29 916	31 010	27 491	29 512	26 708	26 500	23 493
1995	63 850	56 701	60 320	52 544	.	.	31 210	27 186	.	.	27 300	23 780
1996	61 790	53 039	.	.	32 410	27 820	.	.	28 200	24 206
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
1980/90 ²⁾	+ 3,9	+ 1,1	+ 3,6	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,7	+ 3,3	+ 0,6	+ 4,7	+ 1,9	+ 4,4	+ 1,8
1991	+ 5,9	+ 2,1	+ 6,1	+ 2,3	+ 2,4	- 1,3	+ 2,9	- 0,7	+ 7,7	+ 3,8	+ 7,5	+ 4,1
1992	+ 5,5	+ 1,7	+ 10,6	+ 5,2	+ 4,4	+ 0,6	+ 8,5	+ 3,2	+ 4,5	+ 0,6	+ 6,8	+ 1,6
1993	+ 1,5	- 2,2	+ 4,3	- 0,1	+ 1,9	- 1,8	+ 4,8	+ 0,3	+ 0,8	- 2,9	+ 2,7	- 1,7
1994	+ 3,4	+ 0,8	+ 3,5	+ 0,8	+ 0,6	- 2,0	+ 0,5	- 2,2	+ 2,5	- 0,1	+ 3,2	+ 0,5
1995	+ 2,0	+ 0,1	+ 3,9	+ 2,0	.	.	+ 0,6	- 1,1	.	.	+ 3,2	+ 1,2
1996	+ 2,4	+ 0,9	.	.	+ 3,8	+ 2,3	.	.	+ 3,2	+ 1,7

*) Bis 1990 früheres Bundesgebiet. – 1) Inland. – 2) Jahresdurchschnitt.

gende Mieten, eine auch für Krisenzeiten nur wenig gedämpfte Reiselust, Dienstleistungen und zusätzliche Kommunalabgaben beanspruchten in der Vergangenheit einen zunehmenden Teil der Einkommen.

Gegenüber dem vorangegangenen Jahr hat sich der Zuwachs beim Kfz-Einzelhandel wieder beschleunigt. Real konnte immerhin ein Umsatzanstieg von 3,2 % realisiert werden. Bremsend wirkte die Entwicklung bei den Tankstellen. Nach einem realen Umsatzplus von 11,9 bzw. 8,7 % in den Jahren 1995/96 verbuchten sie im bisherigen Jahresverlauf ein reales Minus von 3 %. Offensichtlich zeigen sich hier auch erste Wirkungen der verlängerten Ladenschlußzeiten. In der Vergangenheit konnten die Tankstellen gerade in dem sogenannten Convenience-Store-Bereich hohe Umsatzzuwächse erzielen. Neben einem breitgefächerten Warenspektrum – wie Lebensmittel, Spielwaren und auch Musikartikel – lag der Wettbewerbsvorteil dieser Stores vor allem in den oftmals durchgehenden Öffnungszeiten. Durch die verlängerten Ladenschlußzeiten im Einzelhandel dürfte sich dieser Wettbewerbsvorteil der Tankstellen gegenüber dem klassischen Einzelhandel wieder reduziert haben. Alle anderen Sparten des sogenannten Facheinzelhandels im engeren Sinne konnten sich gut behaupten, lediglich die Umsätze der Apotheken und des Facheinzelhandels mit medizinischen und kosmetischen Artikeln stagnierten.

Wachstumsperspektiven bleiben gedämpft

Trotz dieser positiven Signale muß vor dem Hintergrund der finanziellen Entwicklung der privaten Haushalte für das weitere Wachstum des privaten Verbrauchs ein Fragezeichen gesetzt werden. Der für eine spürbare Belebung des Konsums dringend notwendige Beschäftigungsanstieg läßt trotz Exportbooms auf sich warten, und auch bei den Masseneinkommen wird es im laufenden Jahr eher zu Einbußen als zu Zuwächsen kommen. Entlastung erfährt der private Verbrauch wohl weiter durch den Anstieg der Vermögenseinkommen. Allerdings dürfte der Großteil dieser Einkommen Haushalten mit einer geringeren Konsum-

quote zufließen. Nach der Diskussion um die Sicherheit der Renten muß zudem erwartet werden, daß die Verbraucher einen wachsenden Teil ihres Einkommens für die private Altersvorsorge verwenden werden. Der in der Vergangenheit zu beobachtende Entlastungseffekt durch den Rückgang der Sparquote wird sich daher kaum fortsetzen. Hinzu kommt, daß die Hoffnungen auf die belebenden Effekte der avisierten Steuerreform nicht erfüllt wurden. Zudem wird die Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt bremsende Wirkung zeigen. Zwar hat die Anhebung der Mehrwertsteuer wenigstens den positiven Effekt, daß der Faktor Arbeit nicht noch mehr belastet wird, für den privaten Konsum sind aber beide Alternativen schädlich. Die Entlastungseffekte, die mit der Absenkung des Solidaritätszuschlages um 2 Prozentpunkte im Jahr 1998 verbunden sind, werden dadurch mehr als aufgezehrt. Die Situation des Einzelhandels kann sich daher nicht nachhaltig verbessern.

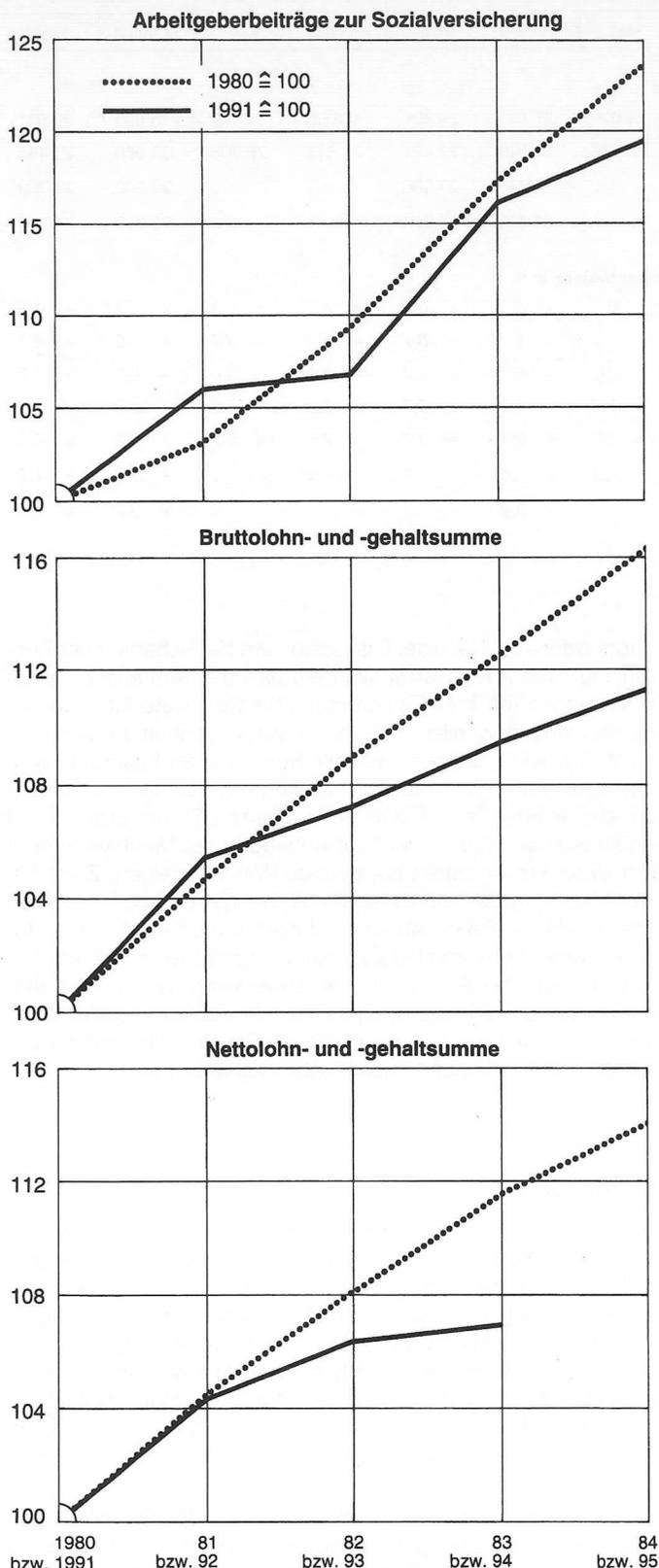
Umwelt

Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte und der fortgesetzte Kostendruck im Bereich der Wirtschaft bewirkten, daß die im zurückliegenden Jahr 1997 aktuellen umweltbezogenen Fragen verstärkt unter Wirtschaftlichkeits- und Kostenaspekten diskutiert wurden. So hat sich insbesondere die Begrenzung der Gebührenbelastung durch Entsorgungs- und andere Umweltschutzleistungen zu einer vorrangigen Aufgabenstellung bei den für die Entsorgung von Abwasser und Abfällen weitgehend zuständigen Gemeinden bzw. Kreisen entwickelt.

Das abfallwirtschaftliche Geschehen im zurückliegenden Jahr wurde in erster Linie geprägt von der Umsetzung des neuen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, das am 7. Oktober 1996 in Kraft getreten war und mit dem eine erhebliche Stärkung der Eigenverantwortung sowohl der Abfallerzeuger als auch der Entsorgungswirtschaft erreicht werden soll. Auch dadurch hat sich im Jahr 1997 der Umbruch der Abfallentsorgung, der schon

Schaubild 13

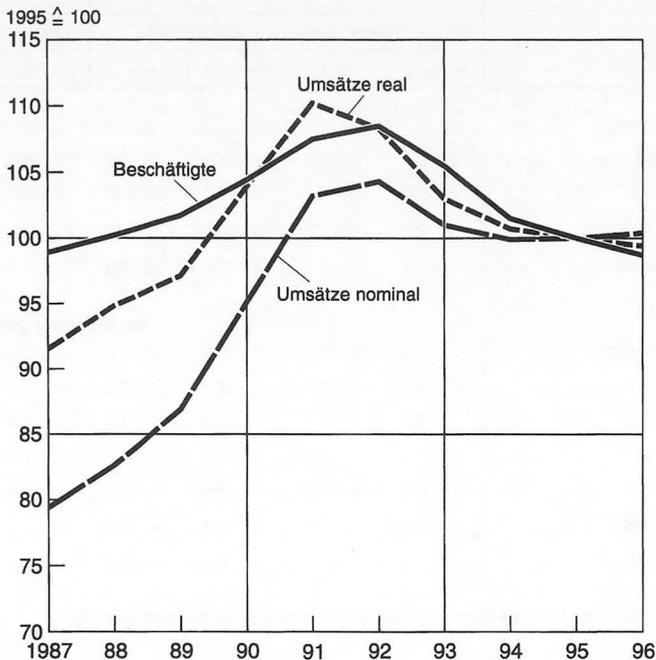
Entwicklung der Brutto- und -gehaltsummen, der Nettolohn- und -gehaltsummen sowie der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung*) in Baden-Württemberg zu Beginn der 80er und der 90er Jahre im Vergleich



*) Je Arbeitnehmer.

Schaubild 14

Umsätze und Beschäftigte im Einzelhandel Baden-Württembergs seit 1987



im Vorfeld des Gesetzes eingesetzt hatte, weiter beschleunigt. Dieser Wandel hin zu einer Stärkung der privaten Entsorgungswirtschaft, dessen endgültige Auswirkungen gegenwärtig noch nicht voll absehbar sind, stellt besonders die nach wie vor entsorgungspflichtigen Körperschaften in den Brennpunkt der aktuellen Diskussion um die optimale Gestaltung der Abfallbeseitigung und der daraus entstehenden Kosten. Zudem sehen sich die Kreise mit äußerst schwierigen Planungsaufgaben konfrontiert.

Die getrennte Erfassung von Wertstoffen wurde im zurückliegenden Jahr weiter verfeinert, so daß im Landesdurchschnitt mittlerweile je Einwohner nahezu 150 kg an Wertstoffen aus dem häuslichen Bereich einer Verwertung zugeführt werden. Die im novellierten Landesabfallgesetz vorgeschriebene getrennte Erfassung und biologische Verwertung von Bioabfällen war zu Beginn des Jahres 1997 in 32 Stadt- und Landkreisen eingeführt, in immerhin 24 bereits flächendeckend ausgebaut. Die erfaßten Bioabfallmengen schwanken regional noch relativ stark, dennoch wurden landesweit bereits über 100 kg an Bio- und Grünabfällen je Einwohner einer biologischen Verwertung zugeführt. Die vielfältigen Verwertungsmaßnahmen der Kreise sind mit erheblichen Kosten verbunden, so daß die damit erzielte Halbierung der letztlich zu beseitigenden Haus- und Sperrmüllmenge nicht zu einer Reduzierung, sondern zu einem Anstieg der Entsorgungsgebühren geführt hat. Ein wesentlicher Grund für diese gegenläufige und auf den ersten Blick widersprüchliche Entwicklung von Restabfallaufkommen und Abfallgebühren ist der relativ hohe Fixkostenanteil bei der Abfallentsorgung. Tatsächlich sind auch 1997 in einigen Kreisen bei rückläufigen Restmüllmengen die Gebühren für die Haus- und Sperrmüllentsorgung deutlich angestiegen. Im Landesdurchschnitt wurde jedoch 1997 eine Stabilisierung der Gebührensituation erreicht. Die Hausmüll-

Tabelle 14

Bestand an Kläranlagen in den Hauptwassereinzugsgebieten Baden-Württembergs am 1. Januar 1997 nach Reinigungsstufen

Merkmal	Kläranlagen	Ausbaugröße	Ange-schlossene Einwohner
	Anzahl	1 000 EW ¹⁾	%
Kläranlagen insgesamt	1 206	21 503	100
davon			
ohne Phosphatelimination, Nitrifikation und Denitrifikation	687	3 022	14,3
mit Phosphatelimination, ohne Denitrifikation	150	7 664	34,6
mit Nitrifikation und Denitrifikation, ohne Phosphatelimination	174	1 092	6,4
mit Phosphatelimination, Nitrifikation und Denitrifikation	195	9 724	44,8

1) Einwohnerwerte.

gebühr für eine vierköpfige Modellfamilie lag 1997 im Mittel bei 308 DM und damit auf etwa demselben Niveau wie im Jahr 1996 (306 DM). Dies ist auch deshalb hervorzuheben, da die den entsorgungspflichtigen Körperschaften angediente Menge hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle in fast dramatischer Weise zurückging, so daß sich der Fixkostenanteil, der den Haushalten zugeschlagen werden muß, weiter erhöhte.

Die Minderungsraten beim Aufkommen an Gewerbe- und Baustellenabfällen, soweit es den Stadt- und Landkreisen zur Entsorgung übertragen wurde, liegen im Landesmittel zwischen 20 und 30 %. Das Ausmaß des Mengenschwunds bei den Gewerbeabfällen wird besonders im Vergleich zum Jahr 1990 deutlich. Der Rückgang liegt bei über 80 %. Bereits 1996 wurde – gemessen an der Menge von 1990 – nur noch ein Viertel der Gewerbeabfälle den Stadt- und Landkreisen angedient. Der damit zusätzlich entstandene Druck auf die Abfallgebühren für Haushalte hat erkennbar zu einem verschärften Wettbewerb bei der Entsorgung von Gewerbeabfällen geführt – mit dem Ziel, die bestehenden Anlagen besser auszulasten. Hierin dürfte auch ein Grund liegen, daß die Gebühren für die Entsorgung direkt angelieferter Gewerbeabfälle 1997 im Landesmittel nahezu konstant geblieben sind (377 DM gegenüber 372 DM im Jahr 1996) und eine ganze Reihe von Kreisen die Gebühren für direkt angelieferte hausmüllähnliche Gewerbeabfälle im Jahr 1997 sogar deutlich gesenkt hat.

Trotz des deutlichen Rückgangs der Abfallmengen, die den Stadt- und Landkreisen gegenwärtig zur Entsorgung überlassen werden, müssen die abfallwirtschaftlichen Maßnahmen der Kreise auf die ab dem Jahr 2005 gültigen gesetzlichen Vorschriften ausgerichtet werden. Ab diesem Jahr werden gemäß der Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall erhöhte Anforderungen an die Ablagerung von Restabfällen in Deponien gestellt. Im Hinblick auf die praktische Umsetzung dieser TA Siedlungsabfall wurde zwischenzeitlich die Errichtung weiterer thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Angriff genommen. In Ulm wurde im

Tabelle 15

Zusammensetzung der PKW-Flotte in Baden-Württemberg seit 1985 nach Schadstoffgruppen

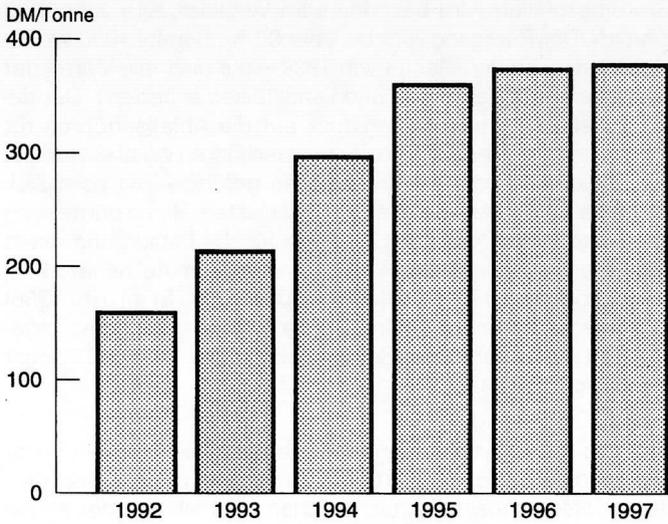
Jahr ¹⁾	PKW insgesamt		PKW mit Schadstoffreduzierung nach US-Norm ²⁾ , EU-Richtlinien E1 und E2 ³⁾	Schadstoffarm nach Europa-Norm ⁴⁾	Bedingt schadstoffarm ⁵⁾	PKW ohne Schadstoffreduzierung
	1000	1985 = 100	Anteil an den PKW insgesamt in %			
Insgesamt						
1985	4 073,2	100	–	–	–	100
1990	4 919,2	120,8	19,0	13,3	13,4	54,3
1995	5 393,4	132,4	53,3	14,6	8,9	23,2
1996	5 467,3	134,2	59,7	13,6	8,1	18,6
1997	5 502,8	135,1	65,9	12,4	6,7	14,9
Ottomotor⁶⁾						
1985	3 680,9	100	–	–	–	100
1990	4 216,8	114,6	19,3	8,3	10,7	61,7
1995	4 535,1	123,2	54,7	11,3	7,9	26,2
1996	4 595,1	124,8	61,2	10,6	7,4	20,9
1997	4 637,3	126,0	67,4	9,7	6,7	16,2
Dieselmotor						
1985	392,3	100	–	–	–	100
1990	702,4	179,0	17,4	43,2	29,9	9,4
1995	858,3	218,8	45,9	32,1	14,6	7,5
1996	872,2	222,3	52,1	29,5	11,9	6,4
1997	865,5	220,6	58,2	26,9	6,9 ⁷⁾	8,0

1) Stand jeweils am 1. Juli. – 2) US-Norm (XXIII). – 3) Einschließlich EWG-Ausnahmen, ab 1994 einschließlich Rili 93/95 EWG, ab 1995 einschließlich EURO 2, EURO 2G: 92/97, EGI, EGII, EGIII und D3. – 4) Europa-Norm (XXV). – 5) Bedingt schadstoffarm (XXIV); Stufe A, B, C. – 6) Einschließlich PKW mit sonstigen Antrieben. – 7) Ohne Stufe B.

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Schaubild 15

Durchschnittliche Gebühr für hausmüllähnliche Gewerbeabfälle in Baden-Württemberg seit 1992



Quelle: Abfallwirtschaft Landkreis Lörrach (Hrsg.): Abfallgebühren in Baden-Württemberg, Ergebnisse der Umfrage 1997, Lörrach 1997.

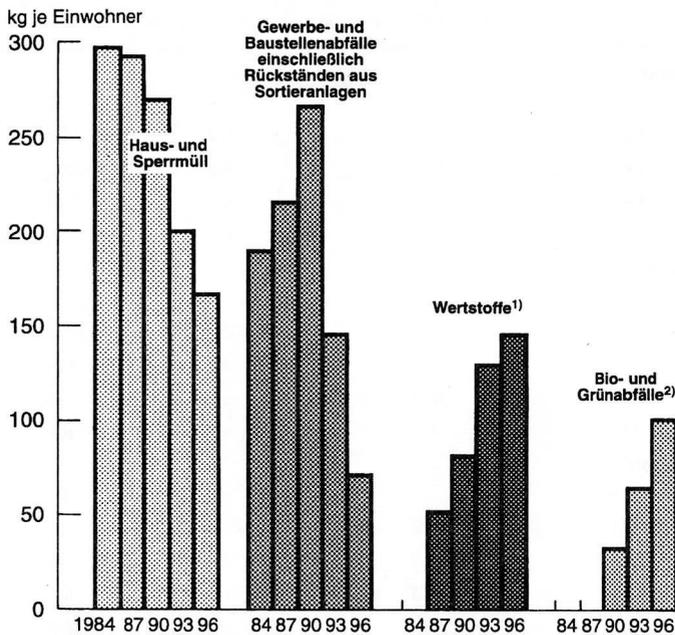
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

520 97

zurückliegenden Jahr bereits eine neu gebaute Müllverbrennungsanlage in Betrieb gesetzt. Andere Kreise haben den Anschluß an bereits bestehende thermische Anlagen gesucht. So behandelten im zurückliegenden Jahr immerhin bereits zwölf

Schaubild 16

Abfall- und Wertstoffaufkommen in Baden-Württemberg 1984 bis 1996^{*)}



^{*)} 1984 und 1987 Daten der Erhebung über die öffentliche Abfallentsorgung der amtlichen Statistik, ab 1990 Daten der Abfallbilanz. – 1) 1984 nicht erfaßt. – 2) 1984 und 1987 nicht erfaßt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

511 97

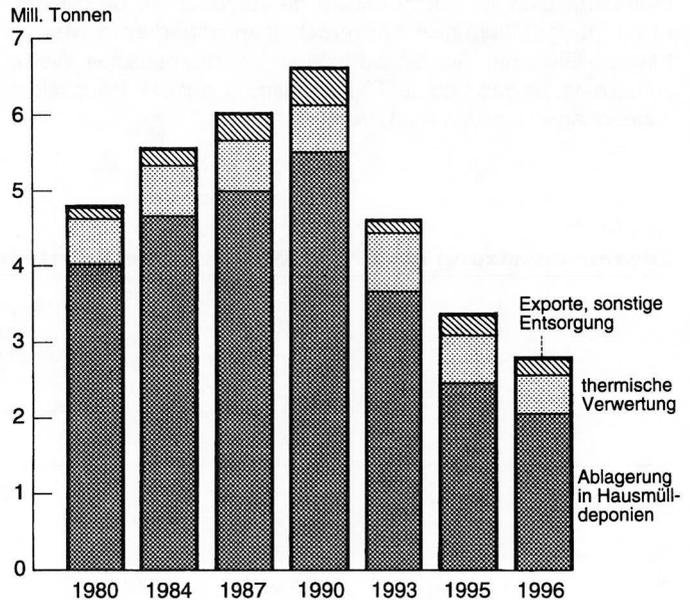
Kreise ihren Restmüll vollständig oder teilweise in thermischen Anlagen. Um die durch bestehende und neue Anlagen verursachten Fixkosten auf möglichst niedrigem Niveau zu halten, streben die Kreise verstärkt Kooperationen bei der Restmüllbehandlung an. Ebenso wurden bei der Biomüllbehandlung 1997 verstärkt gemeinsame Lösungen realisiert, da offenbar nur durch überregionale Abfallbewirtschaftung eine bessere Kalkulierbarkeit der Entsorgungskosten erreicht wird.

Auch die Weiterentwicklung der Abwasserbeseitigung, die in erster Linie im Aufgabenbereich der Gemeinden liegt, steht im Spannungsfeld zwischen einerseits erhöhten Leistungsanforderungen bezüglich ihrer Umweltschutzwirkungen und andererseits dem Zwang, die kommunalen Abwassergebühren/-beiträge zu begrenzen, nachdem diese zuletzt sehr deutlich angestiegen waren.

Schaubild 17

Beseitigung von Siedlungsabfällen in Baden-Württemberg 1980 bis 1996

Restabfälle aus häuslichen und gewerblichen Abfällen



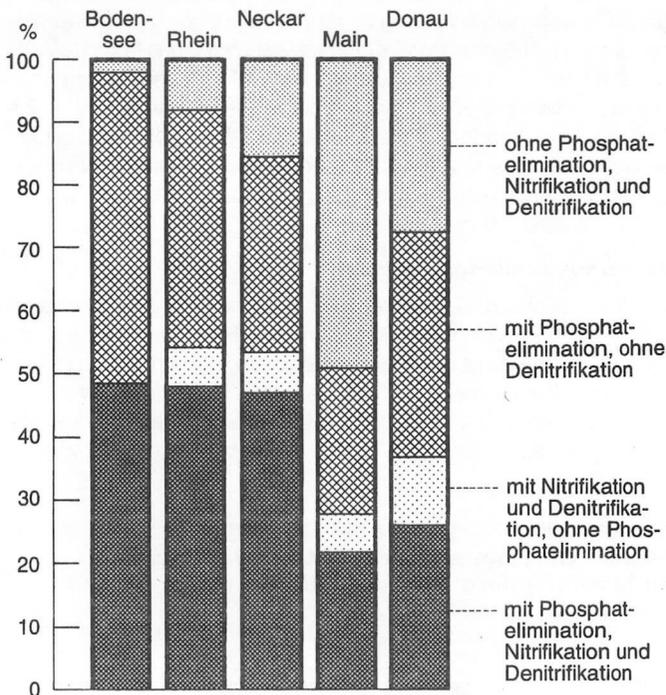
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

509 97

Die Vorgaben der EG-Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer (91/272/EWG) bzw. der neuen Abwasserverordnung (Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer) vom 21. März des zurückliegenden Jahres 1997 machen in zahlreichen Kommunen weitere große Anstrengungen und Aufwendungen im Kläranlagenbereich notwendig. Neben der Nachrüstung von Kläranlagen mit Einrichtungen zur Stickstoff- und Phosphorelimination stehen vor allem die Sanierung und der Ausbau der Kanalnetze sowie der weitere Bau von Regenentlastungsbauwerken an. Die dafür bis Mitte des nächsten Jahrzehnts erforderlichen Investitionen werden auf ca. 10 Mrd. DM veranschlagt. Der überwiegende Teil davon wird für die Sanierung der Kanalnetze benötigt. Die bis Ende 1998 durchzuführenden Investitionen, um die Vorgaben der oben genannten EG-Richtlinie zu erfüllen, werden auf 1,5 bis 2 Mrd. DM veranschlagt.

Schaubild 18

Anschlußgrad der Bevölkerung an Kläranlagen mit Phosphat- und Stickstoffelimination in den Hauptwassereinzugsgebieten in Baden-Württemberg am 1. Januar 1997



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

522 97

Dabei ist hervorzuheben, daß die zusätzlich notwendigen Maßnahmen an einem bemerkenswert hohen Niveau der öffentlichen Abwasserbeseitigung ansetzen können. Mit Einrichtungen zur Phosphat- und zur Stickstoffelimination waren Anfang des Jahres 1997 bereits 195 Anlagen ausgestattet, die mit etwa 9,7 Mill. Einwohnerwerten immerhin rund 45 % der landesweit verfügbaren Kläranlagenkapazitäten ausmachen. Über diese Kläranlagen wird auch das Abwasser von rund 45 % der Einwohner des Landes gereinigt und abgeleitet. Weitere 150 Kläranlagen mit zusammen 35 % der Gesamtausbaugröße verfügten über Einrichtungen zur Phosphatelimination, und 174 meist kleinere Anlagen mit einem Ausbauvolumen von 1,1 Mill. Einwohnerwerten (6,4 %) hatten die Möglichkeit der Stickstoffelimination durch Denitrifikationseinrichtungen.

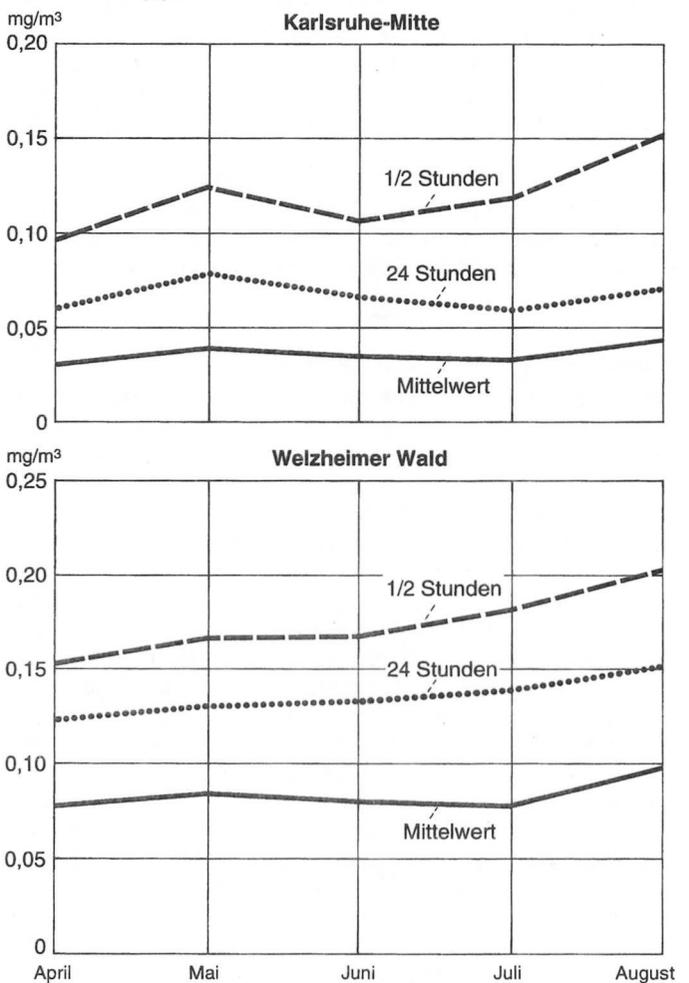
Obwohl damit die öffentliche Abwasserbeseitigung im Land – auch gemessen an anderen Bundesländern – bereits zu Beginn des Jahres 1997 einen hohen Standard aufwies, lagen die durchschnittlichen Abwassergebühren ebenfalls im Ländervergleich relativ niedrig. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung der Abwassertechnischen Vereinigung (ATV), wonach die jährlichen Gebühren und Beiträge für die Abwasserbeseitigung in Baden-Württemberg im Jahr 1996 mit 181 DM pro Einwohner deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 215 DM lagen und unter allen Bundesländern den drittniedrigsten Betrag ausmachten.

Im Mittelpunkt der Diskussion um die Belastung der Luft mit Schadstoffen stand auch im Jahr 1997 der Straßenverkehr. Zum 1. Juli des vergangenen Jahres 1997 ist das Gesetz zur Novellierung der Kraftfahrzeugsteuer in Kraft getreten, mit dem Fahrzeuge ohne geregelten Katalysator (G-Kat) erheblich stärker und Fahrzeuge, die bereits die schärferen Abgasgrenzwerte der neu-

en Euro-II- bzw. Euro-III- und Euro-IV-Richtlinien erfüllen, deutlich geringer besteuert werden. Damit soll die Umschichtung des Fahrzeugbestandes auf emissionsärmere Fahrzeuge beschleunigt werden. Dies ist um so dringlicher, als sowohl der Kraftfahrzeugbestand als auch die jährlichen Fahrleistungen auf den Straßen des Landes nach wie vor weiter ansteigen. Mitte des Jahres 1997 waren in Baden-Württemberg noch 34 % der Pkw mit Ottomotor ohne geregelten Katalysator, und bei den dieselbetriebenen Personenkraftwagen genügten immerhin 41,8 % nicht den Anforderungen der seit 1993 für Neuwagen geforderten Euro-I-Norm. Insgesamt waren Mitte 1997 noch 34 % der zugelassenen Pkw ohne geregelten Katalysator bzw. mit nicht schadstoffarmen Dieselmotoren ausgestattet. Dennoch wurde mittlerweile eine deutliche Tendenzumkehr bei den jährlichen Emissionen an Stickoxiden und NMVOC (flüchtigen Kohlenwasserstoffen, ohne Methan) erreicht, die als Hauptvorläufer-substanzen für das bodennahe Ozon gelten. Inwieweit damit auch bereits eine Entschärfung des Sommersmogproblems eingeleitet ist, muß jedoch offenbleiben. Immerhin lagen die im Sommerhalbjahr gemessenen Ozonkonzentrationen sowohl im Langzeitmittel als auch in den kurzzeitigen Spitzen niedriger als in den Vorjahren.

Schaubild 19

Ozonwerte der Meßstellen Karlsruhe-Mitte und Welzheimer Wald 1997



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

517 97

Aufgrund der nach wie vor steigenden Fahrleistungen im Straßenverkehr weisen die verkehrsbedingten Emissionen an Kohlendioxid (CO₂), das hauptsächlich für den klimarelevanten Treibhauseffekt verantwortlich ist, weiter steigende Tendenz auf. Die durch Reduzierung der spezifischen Kraftstoffverbrauchswerte erzielten Erfolge wurden infolge der Zunahme des Bestands an Kraftfahrzeugen und der Fahrleistungen in der Summe überkompensiert, so daß die CO₂-Emissionen durch den Straßenverkehr auch 1996 weiter zugenommen haben. Der Anteil des Straßenverkehrs an der infolge des Energieverbrauchs im Land insgesamt emittierten CO₂-Fracht liegt bei 30 % und damit ebenso hoch wie der Anteil der durch Feuerungen bei Haushalten und sonstigen Kleinverbrauchern verursachten CO₂-Emissionen.

Wirtschaftliche Perspektiven 1998

Das wirtschaftliche Umfeld Baden-Württembergs hat sich im vergangenen Jahr wesentlich verbessert, und die wachstumsorientierten Trends werden sich im Jahr 1998 weiter festigen. Die Weltwirtschaft entwickelt sich auf einem breiten Wachstumspfad, und der Welthandel wird nach 7 % im Jahr 1997 im neuen Jahr um 8 % zunehmen. Grund für Optimismus liefern vor allem die Geldpolitik, die in den meisten Ländern expansiv ausgerichtet ist, und ein niedriges Zinsniveau, das Investitionen begünstigt. Die Finanzpolitik wird zwar weiterhin eine Konsolidierung der Staatshaushalte verfolgen, aber weniger restriktiv wirken, weil den öffentlichen Investitionen wieder mehr Gewicht eingeräumt wird. In Westeuropa, das mit der deutschen Wirtschaft eng verflochten ist, wird sich der Konjunkturaufschwung fortsetzen und festigen. Stärkste Triebkraft bleibt der Export, der Zuwachs an Dynamik wird aber von der Inlandsnachfrage, vor allem der Nachfrage nach Investitionsgütern ausgehen. Auch in den mittel- und osteuropäischen Reformländern wird sich das Wirtschaftswachstum wieder beschleunigt fortsetzen und Raum schaffen für eine weitere Steigerung der Importe. Die konjunkturelle Entwicklung in den USA wird lebhaft bleiben, wenn auch im Tempo nicht mehr so hoch wie zuletzt. Das Importpotential dürfte wegen des hohen Dollarkurses allerdings eher noch stärker werden.

Aussichten günstig wie lange nicht

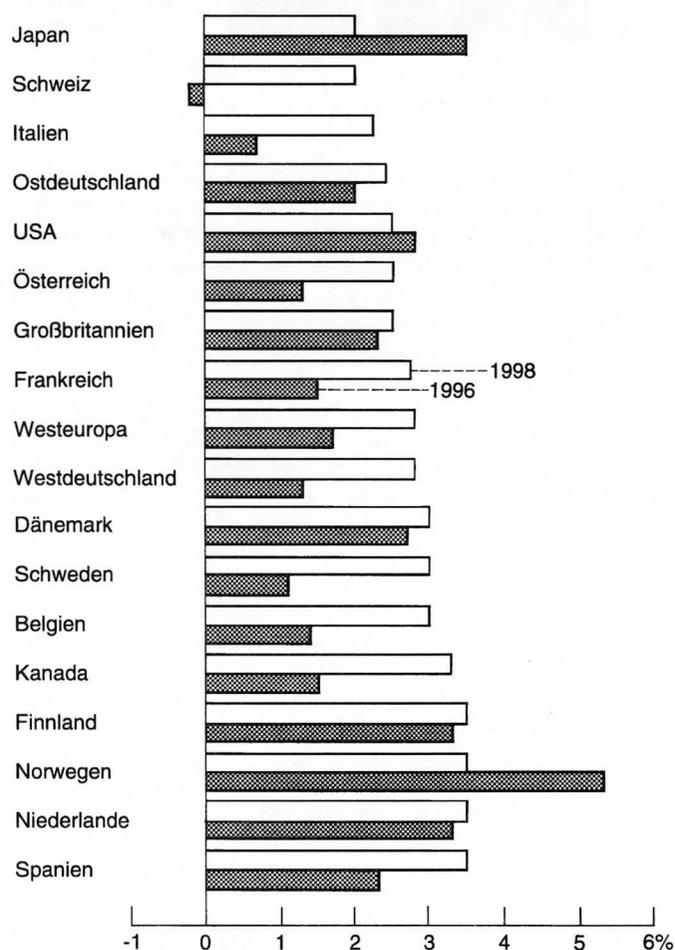
Die Zeichen für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands stehen damit günstig, und vor allem die alten Bundesländer werden ihren Weg auf dem eingeschlagenen Expansionspfad fortsetzen. Hatte der Westen Deutschlands 1996 noch mit das schwächste Wachstum unter den wichtigsten Industrieländern, so wird es 1998 schon im vorderen Mittelfeld erwartet – und dies, obwohl nur in wenigen Ländern das Wachstumstempo nachläßt. Der Welthandel wird sich kräftig ausweiten und für die deutsche Wirtschaft sogar steigende Handelsanteile bringen. Weil die Kostenseite bei nur wenig veränderten Zinsen, Einstandspreisen und moderaten Lohnerhöhungen günstig bleibt und sich die Ertragslage mit zunehmender Kapazitätsauslastung weiter bessern wird, ist damit zu rechnen, daß sich neben dem Export vor allem die Investitionsnachfrage merklich beschleunigt. Die Konsumnachfrage wird allerdings Stiefkind der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben. Auch wenn die Tarifabschlüsse für die Arbeitnehmer etwas freundlicher ausfallen und der Stellenabbau auslaufen wird – der Einkommenszuwachs kann nur moderat ausfallen. Berücksichtigt man, daß 1997 die Netto-lohn- und -gehaltssumme gesunken ist, dann bringt jeder Einkommenszuwachs einen Beitrag zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums. Die verfügbaren Einkommen werden 1998 damit stärker steigen als im Vorjahr. Entsprechendes ist

auch für den privaten Verbrauch zu erwarten. Weil letztlich der Beitrag des Staates zum Bruttoinlandsprodukt nur schwach steigen und der des Baugewerbes nicht mehr sinken wird, rechnen Sachverständigenrat und Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten für Westdeutschland mit einem Wirtschaftswachstum von real 3,0 bzw. 2,8 %. Obwohl die Inlandsnachfrage in Deutschland so wenig zunehmen wird wie in kaum einem anderen bedeutenden Industrieland, läßt es mit das höchste Wirtschaftswachstum erwarten. Unter den G7-Ländern wächst nur die Wirtschaft Kanadas stärker. Hierzu ist allerdings zu bemerken, daß die Länder Nordamerikas den Zenit ihres jeweiligen Konjunkturzyklus überschritten haben und deshalb die Produktionssichten weniger expansiv einschätzen als zuletzt.

Standortvorteile für Südwest

Die Wirtschaft im Südwesten Deutschlands hat indessen gute Chancen, 1998 nicht nur viele andere Bundesländer an wirtschaftlicher Dynamik zu übertreffen, sondern im Wirtschaftswachstum mit an der Spitze der wirtschaftsstärksten Industrieländer zu stehen. Die wirtschaftsstrukturellen Eigenheiten des Landes, die in der Rezession eine zusätzliche Last darstellten, entpuppen

Schaubild 20
Reales Bruttoinlandsprodukt in wichtigen Industrieländern 1996 und 1998^{*)}
 Veränderung gegenüber Vorjahr in %



^{*)} Prognose der Forschungsinstitute.

Quelle: Herbstgutachten 1997 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

sich jetzt als Vorteil. Weil in der Industrie höhere Löhne gezahlt werden als in anderen Sektoren und die Industrie in Baden-Württemberg stärker repräsentiert ist als in anderen Ländern Deutschlands, werden die Erwerbseinkommen stärker steigen als anderswo, dies vor allem deshalb, weil im hiesigen Verarbeitenden Gewerbe – gerade in den Branchen mit attraktiven Löhnen – Arbeitsplätze wieder neu entstehen, während selbst in Bayern noch Arbeitsplätze verlorengehen. Da die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen hierzulande nicht niedriger ausfallen als bisher, wird das verfügbare Einkommen – wesentliche Grundlage für den privaten Verbrauch – deutlicher steigen als in Westdeutschland insgesamt.

Aus demselben Grund wird der Südwesten auch mehr vom neuen Investitionszyklus profitieren als andere Länder, und dabei müßte die Investitionsneigung hierzulande nicht einmal stärker ausgeprägt sein, wofür einiges spricht. Weil viele Investitionsgüter mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg hergestellt werden, werden hier nicht nur Ausrüstungsinvestitionen für Baden-Württemberg, sondern auch ein Teil des Bedarfs für andere Länder Deutschlands produziert. Auch die Nachfrage des Auslands nach Investitionsgütern kommt der baden-württembergischen Wirtschaft in stärkerem Maße zugute als anderen Bundesländern.

Für den neuen Aufschwung steht damit in erster Linie das Verarbeitende Gewerbe. Nach dem Umsatzplus von knapp 5 % im vergangenen Jahr werden die Industrieumsätze 1998 noch stärker zunehmen und die Wertschöpfung vor Steuern, preisbereinigt, um etwa 5 1/2 % steigen lassen. Das Dienstleistungsgewerbe büßt indes aus einer Reihe von Gründen seine Führungsfunktion ein. Der Strukturwandel von der produzierenden zur dienstleistungsorientierten Wirtschaft vollzieht sich in reiferen Phasen des Konjunkturzyklus nicht mehr so stark wie zu Beginn. Hinzu kommt, daß der Dienstleistungssektor weniger stark von der Auslandskonjunktur profitiert und mehr auf Inlandsgeschäfte und Inlandseinkommen angewiesen ist. Zum Tragen kommt auch, daß Mieteinnahmen und Bankengewinne nicht mehr im gleichen Maße steigen wie nach der Rezession. Trotzdem dürften die Dienstleistungsunternehmen mit einem Wachstum von real immerhin gut 4 % zur Beschleunigung des gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftswachstums beitragen, während vom Staat oder vom Baugewerbe keine und vom Handel kaum Wachstumsimpulse ausgehen. Insgesamt ist 1998 für Baden-Württemberg ein reales Wirtschaftswachstum von gut 3% zu erwarten.

Einkommenschmälerung bleibt Konjunkturrisiko

Der Ausblick ins Jahr 1998 liefert Erkenntnisse, die für eine realistischere Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage wichtig sind. Es zeigt sich, daß der Wirtschaftsstandort im Südwesten Deutschlands in den letzten Jahren unter Wert gehandelt wurde, und zum Teil ist dies auch heute noch der Fall. Zu sehr wurde die wirtschaftliche Entwicklung durch außenwirtschaftliche Faktoren wie die Konjunkturlage in Europa, Verzerrungen des Wechselkursgefüges und durch binnenwirtschaftliche Sondereinflüsse nach der deutschen Einigung behindert. Der Konjunkturverlauf nach Wegfall dieser Bremsfaktoren läßt erkennen, wie schwerwiegend dieses Handicap tatsächlich war. Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Impulse für das neue Wirtschaftswachstum im wesentlichen aus dem Ausland stammen. Ein Wirtschaftswachstum von gut 3 % ist vergleichsweise wenig, wenn man bedenkt, daß dies womöglich der Wert im Zenit des aktuellen Konjunkturzyklus sein könnte.

Die Anzeichen sprechen dafür, daß 1999 die Wachstumskräfte in Europa eher nachlassen als sich weiter verstärken und daß sich damit auch das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg wie-

der verlangsamten könnte. Umso wichtiger ist es, daß das weitverbreitete Zuwartan abgelegt und die anstehenden Investitionen auf den Weg gebracht werden. Für Unternehmer würde dieser Schritt sicher leichter fallen, wenn sich die Aussichten für die Einkommensentwicklung spürbar bessern. Schließlich verbessert sich ihre Ertragslage nicht nur durch Kostensenkung, sondern vor allem durch Absatz der Produkte am Markt.

Arbeitslosigkeit wächst fast nur in Deutschland

Obwohl derzeit fast in keinem anderen Industrieland die Wirtschaft so stark wächst wie in Deutschland und namentlich im Südwesten, tut sich kein anderes Land so schwer damit, die Arbeitslosigkeit auf ein erträglicheres Maß zurückzuführen. Auch wenn die Arbeitslosenquote im Westen und Südwesten Deutschlands von einer Reihe europäischer Staaten merklich übertroffen wird, sagt dies nichts aus über die daraus erwachsenden innerstaatlichen Probleme. Fast nirgendwo sonst sind die Folgen steigender Arbeitslosigkeit auf die sozialen Sicherungssysteme und die öffentlichen Haushalte so gravierend wie hierzulande. Hinzu kommt, daß der Faktor Arbeit durch Arbeitgeberbeiträge in Deutschland so stark belastet ist, daß steigende Arbeitslosigkeit über eine Verteuerung von Arbeit weitere Arbeitslosigkeit nach sich zieht.

Obwohl der zwischenstaatliche Vergleich der Arbeitslosigkeit für Deutschland kaum befriedigend ausfällt, läßt eine nähere Untersuchung der ökonomischen Ursachen doch berechtigte Hoffnungen zu. Unabhängig davon, daß die strukturellen Ursachen für die Arbeitslosigkeit in den Ländern unterschiedlich sind, lassen konjunkturelle und Sondereinflüsse die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Ländervergleich derzeit überhöht erscheinen. Da der Konjunkturzyklus in Deutschland den meisten anderen Industrieländern um ein bis zwei Jahre hinterherhinkt, durchlief Deutschland in den letzten Jahren eine Konjunkturphase, in der Arbeitsplätze eher abgebaut als neue geschaffen wurden, während andere Länder Europas und Nordamerikas sich in einer günstigeren Phase befanden. In den 80er Jahren war es in Baden-Württemberg erst im vierten Jahr nach der Industrierezession zu einem Beschäftigungszuwachs gekommen, obwohl sich die Inlandsnachfrage damals wesentlich günstiger entwickelt hatte. Hinzu kommt, daß die Überdimensionierung der Produktionsanlagen nach der Vereinigungszeit zu Beginn der 90er Jahre den Start für den nachfolgenden Investitionszyklus hinausgezögert und das Wirtschaftswachstum unter die Beschäftigungsschwelle gedrückt hat. Letztlich hat die auch für deutsche Verhältnisse untypisch niedrigere Konsumnachfrage – direkt und indirekt über den Wegfall von Investitionsanreizen – sonst mögliche Beschäftigungseffekte verhindert.

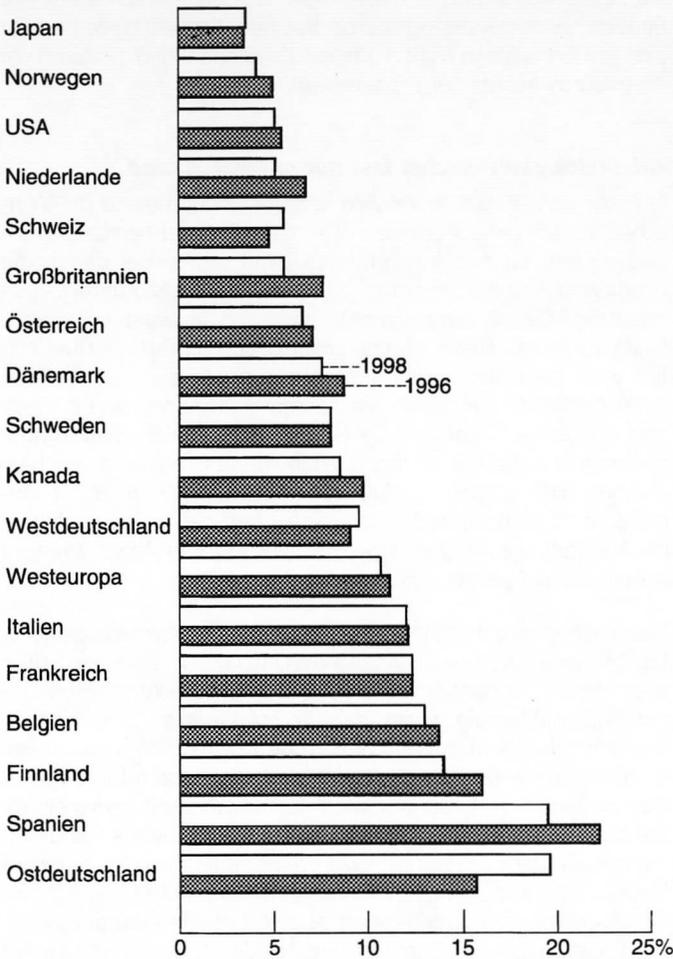
Die Arbeitslosigkeit in Deutschland und die spezifischen Probleme – sie abzubauen, hat auch einen wichtigen außerökonomischen Grund. Die Zuwanderungswelle nach dem Mauerfall und im Zusammenhang mit der politischen Umwälzung in Mittel- und Osteuropa hat vor allem die Nachfrage nach weniger qualifizierten Arbeitsplätzen erhöht, in einem Arbeitsmarktsegment also, in dem später bevorzugt rationalisiert worden ist. Eine der Wurzeln des Problems Langzeitarbeitslosigkeit liegt damit Jahre zurück.

Beschäftigung im Aufwind – aber nur vorübergehend

So bedenklich dieses Ergebnis für die Lage der Langzeitarbeitslosen sein mag, das Wissen darum, daß mit der Investitionsschwäche und der Zuwanderung ein beachtlicher Teil der Arbeitslosigkeit durch Sondereinflüsse angelegt ist, läßt für die näch-

Schaubild 21

Arbeitslosenquoten in wichtigen Industrieländern 1996 und 1998^{*)}



^{*)} Prognose der Forschungsinstitute.

Quelle: Herbstgutachten 1997 der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

ste Zeit auf eine Verbesserung der Beschäftigung und auf eine Entspannung der Arbeitsmarktlage hoffen. Chancen hierfür gibt es vor allem im Südwesten. Hier expandiert die Industrieproduktion stärker und ist der Beitrag des Verarbeitenden Gewerbes zur Beschäftigung zudem größer als in den anderen Ländern. Weil der Stellenabbau im Baugewerbe abflacht und beim Staat begrenzt bleibt, gibt es damit 1998 zum ersten Mal seit Jahren berechnete Aussichten auf einen Stellenzuwachs. Der neue Beschäftigungsaufschwung wird sich allerdings in Grenzen halten, weil die Neigung der Industriebetriebe, Auftragswachstum eher über ein Durchrationalisieren der Produktionsprozesse als über Stellenausweitung zu bewerkstelligen, nach wie vor groß ist. Einem Zuwachs von Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe steht im übrigen ein Wegfall von Arbeitsplätzen im Baugewerbe und beim Staat gegenüber. Beim Handel dürfte sich der Zugewinn an Teilzeitarbeitsplätzen zu Lasten von Vollzeitjobs fortsetzen. Per saldo ist also damit zu rechnen, daß die Zahl der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg um etwa 1 % zunimmt, während im westlichen Bundesgebiet eine Stagnation zu erwarten ist.

Mit Sicherheit ist dies nicht der Anfang eines neuen Jobwunders nach dem Muster der 80er Jahre. In der Zeit von 1985 bis 1991 gab es durch ein langgezogenes Wirtschaftswachstum mit Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe von über 3% jährlich einen Zuwachs von insgesamt rund 150 000 Arbeitsplätzen im Verarbeitenden Gewerbe und fast 340 000 Arbeitsplätzen in der übrigen Wirtschaft. Eher ist zu fürchten, daß nach einem Beschäftigungsaufwind im Jahr 1998 und voraussichtlich auch 1999 schon im Jahr 2000 der Trend wieder umkehrt. Es sei denn, es gelingt der Politik und den Tarifparteien bis dahin, die evidente Benachteiligung des Faktors Arbeit gegenüber dem Kapitaleinsatz zu beseitigen. Es ist an der Zeit, das Schlimmste zu verhindern. Der Ruck durchs Land beginnt allerdings im Kopf.

Dipl.-Volkswirt Reinhard Burkard, Dr. Monika Kaiser und
Dipl.-Volkswirt Thomas Forster unter Mitarbeit von
Dr. Helmut Büringer, Dr. Bernd Eggen und Dr. Ilse A. Walter